

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2,60 Mk.
Im voraus zahlbar, halbjährlich 12,00 Mk.,
jährlich 24,00 Mk. (einschließlich 60 Pf. Postgebühren und
72 Pf. Postbetriebsgebühren. Ausland-
abonnement 6,- Mk. pro Monat; für
Länder mit einschlägigem Drucksachen-
porto 6,- Mk.)

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-
lich zweimal, Samstags und Sonntags
einmal, die Abendausgabe für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Vorwärts“, wöchentliche Beilage „Wort
und Bild“, Ferner: „Kulturblätter“,
„Technik“, „Bild in die Wirtschaft“,
„Jugend-Vorwärts“, „Stadtblätter“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einzige Kompartiments- und
Kleingeld- und Klein- und
„Kleingeld“ das festgedruckte Wort 15 Pf.
Kleingeld (festgedruckte Worte), jedes
weitere Wort 12 Pf. Kabott II. Teil
Stellengebühren das erste Wort 15 Pf.,
jedes weitere Wort 10 Pf. Worte über
15 Buchstaben zahlen für zwei Worte.
Arbeitsmarkt Seite 60 Pf. Familien-
anzeigen Seite 40 Pf. Anzeigenannahme
im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochen-
täglich von 8^{1/2} bis 17 Uhr.
Der Verlag behält sich das Recht der
Abfertigung nicht genommener Anzeigen vor!

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 87 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Lindenstr. 3, Tel. B. u. Disk.-Gef., Depotsenkf., Jerusalemstr. 65/66.

Gegensätze im Kabinett.

Um die 40-Stunden-Woche.

Die Beratungen über die neue Rotverordnung im Reichs-
kabinett sind noch nicht abgeschlossen worden. Das Kabinett hat am
Dienstag abend 10 Uhr die Beratungen wieder aufgenommen,
sie werden voraussichtlich noch am Mittwoch vormittag andauern.
Von den Vertretern der Länder sind sehr erhebliche Vorstellungen
gegen die neue Rotverordnung erhoben worden.

Wie wir erfahren, gibt es im Kabinett sehr ernste Aus-
einandersetzungen um die 40-Stunden-Woche. Reichsarbeitsminister
Stegerwald verlangte eine allgemeine Ermächtigung, bei bestimmten Wirtschaftsgruppen die 40-Stunden-
Woche einzuführen. Dagegen erhob der stellvertretende Wirtschafts-
minister Trendelenburg aus allgemeinen Erwägungen Wider-
spruch, und der Reichsfinanzminister Dietrich schloß sich ihm an,
da er bei Einführung der 40-Stunden-Woche einen wesent-
lichen Rückgang der Lohnsteuererträge fürchtete. Somit
wir erfahren, ist eine Entscheidung über die 40-Stunden-
Woche bisher noch nicht gefallen.

Das Kabinett will im übrigen aus Anlaß der neuen Rot-
verordnung eine weitere Senkung der Minister-
gehälter vornehmen.

Puffschverfuch der Unternehmer.

Das Tarifrecht soll zerfchlagen werden.

Der Reichsverband der deutschen Industrie ver-
öffentlicht eine Erklärung, die zu den provokatorischsten
Vorstellungen zählt, die das Unternehmertum in der Nachkriegszeit
gegen den Staat und seine Gesetze gerichtet hat. Diese Erklärung
verdient besonderes Interesse nicht nur wegen der Stellungnahme
des Reichsverbandes zu der bevorstehenden Rotverordnung, sondern
vor allem auch deswegen, weil sie einen Gegenstoß gegen die starke
Willenserklärung des sozialdemokratischen Parteitag gegen die
Sozialreaktion darstellt, gegen das sozialistische Wirtschaftspro-
gramm, das der Gesamtwirtschaft dienen will und sich deshalb gegen
den bisherigen Kurs der

einseitig auf die Stärkung der Unternehmermacht gerichteten Wirtschaftspolitik

richtet. Die Veröffentlichung des Reichsverbandes lautet:
„Wie der Reichsverband der deutschen Industrie mitteilt, hat
der bisher bekanntgewordene Inhalt der bevorstehenden Rotverordnung
in allen Kreisen der Industrie eine starke Enttäuschung und
schwere Besorgnisse hervorgerufen. Man sieht in der Absicht, im
Wege einer Krisensteuer eine neue direkte Belastung des Ein-
kommens zu schaffen, einen überaus verhängnisvollen Entschluß,
der sich dahin auswirken muß, daß zum Nachteil aller schaffenden
Stände weitere Mittel der Kapitalbildung entzogen werden.
Damit wird die Wirtschaft nur vergrößert und jeder Anlaß zu
einer allmählichen Besserung der Wirtschaftslage erneut gefährdet.
Bei aller Würdigung der Schwierigkeiten in den öffentlichen Finan-
zen kann die Absicht der Regierung, eine neue Besteuerung des
Einkommens einzuführen, insbesondere deshalb nicht verstanden
werden, weil die Regierung wiederholt und in programmatischer
Form selbst erklärt hat, daß sie jede neue steuerliche Belastung für
einen schweren Fehler hält.“

Die Erklärung des Reichsarbeitsministers,
daß er nicht in der Lage sei, die staatlichen Schlichtungs-
instanzen für weitere allgemeine Lohnsenkungen zur Verfügung zu
stellen, wird in der Industrie dahin verstanden, daß der Arbeits-
minister selbst von der Überflüssigkeit dieser Schlichtungs-
instanzen überzeugt ist. Auch in Deutschland werden die Löhne
und Preise trotz aller politischen Hemmungen ganz von selbst
auf das Niveau sinken, das wirtschaftlich tragbar ist, wenn
erst einmal die Tarifverträge von dem politischen Zwange befreit
werden, so daß wieder wie früher Arbeitsverträge unter der
ausschließlichen Verantwortung der Vertragsschließenden zustande kom-
men können.“

Die Berufung auf die Kapitalbildung ist allmählich zum Hohn
geworden. Dahinter verbergen sich die sozialreaktionären Absichten
des Unternehmertums, sie ist die Proklamation des Klassenkampfes
von oben. Die Stellungnahme gegen die sogenannte Krisensteuer ist
schamlos. Diese Steuer wird zum größten Teil von Lohn-
und Gehaltsempfängern getragen werden, nicht
von den Besitzenden in Deutschland. Das Opfer, das dem Volk
durch diese Krisensteuer zugemutet wird, ist sicherlich gering! Aber
der Reichsverband als Vertreter des industriellen Besitzes will die
Gesamtlast der deutschen Not auf die Schultern des arbeitenden
Volkes legen, er will auch nicht einen einzigen geringfügigen Teil
der Last auf die eigenen Schultern nehmen. Krasser ist noch niemals
der Besitzergreifer zutage getreten!

Die höhnischen Worte gegen den Reichsarbeitsminister lassen
die Absicht erkennen, die Politik des Lohnbruchs fortzusetzen nicht

nur gegen die wirtschaftliche Vernunft, sondern auch gegen das
Tarifrecht. Sie sind nicht mehr und nicht weniger als die Ver-
leumdung der Absicht des Rechtsbruchs und eines bevorstehenden
Versuchs des Unternehmertums,

auf die Schlichtungsordnung zu pfeifen

und unter Bruch des Tarifrechts der Arbeiterschaft den Unter-
nehmerwillen zu diktieren. Wenn Reichsarbeitsminister Stegerwald
nicht die Schlichtungsinstanzen in den Dienst einer zweiten Lohn-
abbauwelle stellen will, so wollen die Unternehmer einen Putsch
gegen das Arbeitsrecht unternehmen.

Hier ist das Signal, das der Arbeiterschaft deutlich zeigt, was
ihre unter der Herrschaft des Faschismus in Deutschland bevorstehen
würde. Als Tarnung auf dem Parteitag der Sozialdemokratie
das Drängen der sächsischen Industriellen auf eine neue Lohnabbau-
offensive brandmarkte als Sabotage an der Wirtschaft
und als bewußte soziale und politische Provokation von höchster
Gemeingefährlichkeit, hat er bereits die treffenden Worte zur
Kennzeichnung dieser Kundgebung des Reichsverbandes gefunden.

Länderminister bei Brüning.

Information über die Rotverordnung.

Reichsminister Dr. Brüning empfing heute im Beisein der zu-
ständigen Reichsminister und des Reichsbankpräsidenten in der
Reichskanzlei die Staats- und Ministerpräsidenten der deutschen
Länder zu eingehender Aussprache über die von der Reichsregierung
in Aussicht genommenen Sanierungsmaßnahmen. Die
Aussprache diente lediglich der Orientierung, Beschlüsse wurden nicht
gefaßt.

Allgemeines Volksoffer gefordert.

Die Bundesleitung des Deutschen Beamtenbundes nahm am
Dienstag, dem 2. Juni, den Bericht ihrer Vertreter über die Aus-
sprache beim Reichskanzler entgegen. Sie erblickt, wie
der Deutsche Beamtenbund mitteilt, noch wie vor in einem all-
gemeinen Volksoffer eine gerechte Lösung, wozu jeder
nach seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit beitragen soll. Sie
erwartet, daß die Reichsregierung auf dieser Grundlage ihre
endgültigen Entscheidungen trifft.

Glendsbild aus Thüringen.

Anruf zur öffentlichen Sammlung.

Weimar, 2. Juni.

Der Vorstand des Kreises Hildburghausen hat unter der
Bezeichnung „Simmersbergspende“ eine Sammlung für die in
bitterster Not lebende Bevölkerung der Gemeinden Schneit,
Heubach und Fehrenbach im Thüringer Wald eingeleitet. 6000
Menschen müssen dort Entbehrungen schlimmster Art,
buchstäblich Hunger leiden und die fesselnde Qual der Hoff-
nungslosigkeit und Aussichtslosigkeit ihrer Lage erdulden.

In Schneit haben von 297 vorhandenen Haushaltungen nur
noch 59 eigenes Einkommen, 388 oder 80,1 Proz. (!) der Haus-
haltungen leben von Mitteln irgendwelcher Unterstützungen, die
die erwerbslosen Familienmitglieder beziehen.

Die Wohlfahrtsvereine von Schneit liegen durchschnitt-
lich schon zwei und noch mehr Jahre auf der Strafe, ohne die Aus-
sicht zu haben, jemals irgendwo auf dem Thüringer Wald wieder
Arbeit finden zu können. Hier fünftel der Bevölkerung leben in
kümmerlichen Verhältnissen; im Durchschnitt muß sich eine vier-
köpfige Familie von knapp 34 Mk. Monatslohn ernähren und
kleiden. Mehr als 76 Proz. der Kinder haben nur abgetragene
oder geschenkte Sachen. Nur rund 30 Proz. der Kinder schlafen
allein in einem Bett, über 70 Proz. schlafen zu zweit, dritt und
mehr. Körperliche Untersuchung der Schulkinder ergab im Vorjahr,
daß 33 Proz. der Kinder tuberkulös gefährdet, 17 Proz. hoch-
gradig schwächlich und über 55 Proz. stark untergewichtig sind.
Auch in Heubach ist der Gesundheitszustand der Kinder kata-
strophal. An einem Tage wurde festgestellt, daß 24 Proz. der Kinder
ohne Morgenmahl und ohne Frühstücksbrot in die Schule ge-
kommen waren. In Fehrenbach leben annähernd 200 der 254 Haus-
haltungen von Unterstützungen. Auch hier sind über 31 Proz. der
Schulkinder tuberkulös gefährdet, mehr als 29 Proz. in Behandlung
wegen Wirbelsäulenkrümmung. Hochgradig schwächlich sind 13,4
sehr unterernährt und daher speisungsbedürftig mehr als 41 Proz.
der Kinder. Die Scholvenverhältnisse sind die schrecklichsten und über-
treffen die schon bei den anderen Gemeinden jeder Hygiene hohen
sprechenden Zustände noch bei weitem. Das ist ein Bild der höchsten
Not, eher zu flüchtig und nüchtern gezeichnet.

Taktik und Disziplin.

Der zweite Verhandlungstag des Parteitag.

St. Leipzig, 2. Juni. (Eigenbericht.)

An die Aufnahmefähigkeit seiner Teilnehmer stellt dieser
Parteitag starke Anforderungen. Den spannungsreichen
Verhandlungen des Montag folgte am Dienstag eine fast
fünfstündige Vormittagsitzung, die mit dem Referat Brei-
scheids über den Kampf gegen den Faschismus
und dem Bericht Sollmanns über die Tätigkeit der
Reichstagsfraktion ausgefüllt war.

Wenn während dieser langen Sitzungszeit nicht die ge-
ringste Unruhe entstand und die Tische des Erfrischungs-
raumes nebenan ziemlich unbesezt blieben, so spricht das am
besten für die rednerische Reife der Teilnehmer, mit der die beiden
Referenten ihre Aufgabe erledigten. Auch die Zeitungen, von
denen die Tische belegt waren, blieben so gut wie unberührt.
Nur ein Berliner Sensationsblatt, das in dicken Lettern von
„Stürme auf dem Parteitag“ berichtete, ging von
Hand zu Hand. Solche Sensationsmache im Interesse des
Straßenverkaufs hat weder mit einer ernstlichen Berichterstattung
noch mit Politik etwas zu tun.

Breitscheids groß angelegtes Referat wird politisch ge-
kennzeichnet durch eine sehr scharfe Distanzierung
von der Regierung Brüning und den bürgerlichen
Reichstagsparteien. Es hat vollkommen klargemacht, daß
die Haltung der Sozialdemokratie in keinem Augenblick
bestimmt wird durch Hinneigung zu bürgerlichen Auffassungen
und Plänen, sondern daß für sie ausschlaggebend ist die
Absicht, dem Faschismus den Weg zur Macht
zu verlegen. Daß Breitscheid als ein Mittel zu diesem
Zweck auch eine Reform des bestehenden Ver-
hältnisses wahlrechts in Erwägung zieht, fand stürmische
Beachtung.

Von derselben Generallinie wie Breitscheid ausgehend,
erklärte und rechtfertigte Sollmann, mehr ins einzelne
gehend, die Tätigkeit der Reichstagsfraktion. Mit den neuen
Disziplinbrechern rechnete er ab, maßvoll in der
Form, scharf in der Sache. Der stürmische Beifall, mit dem
die übergroße Mehrheit der Delegierten den Redner gerade
bei dieser Stelle überschüttete, zeigt, wie der Parteitag ent-
scheiden wird. Er wird das Verhalten der Neun mißbilligen
und gegenüber der neuen Rotverordnung der Fraktion die
Entscheidung überlassen.

Zu Beginn der Nachmittagsitzung nahm der Parteitag
die Mitteilung entgegen, daß der frühere sozialdemokratische
Reichstagsabgeordnete Jakobshagen gestern hier in
Leipzig mit Akolomb seinen Einzug in die K.P.D. voll-
zogen hat. Jakobshagen war bei den letzten Reichstags-
wahlen wegen mangelnder geistiger und mora-
lischer Qualifikation von seinem pfälzischen
Heimatkreis nicht mehr als Kandidat aufgestellt
worden; er stand unmittelbar vor dem Ausschluß.
Aus dieser Situation hat er sich durch einen Sprung ins
kommunistische Lager gerettet...

Um in der Debatte Licht und Schatten gleichmäßig zu
verteilen, beschließt der Parteitag, immer einen Redner für
die Politik der Reichstagsfraktion und einen gegen sie reden
zu lassen. Der Aufruf der 49 zum Wort Gemeldeten ergibt,
daß eine Reihe sächsischer Delegierter, unter ihnen Toni
Sender, Arzt-Dresden und Liebmann-Leipzig,
für die Reichstagsfraktion sprechen wollen.

Sendewitz, der ein Gegenreferat bei 30 Minuten
Redezeit hält, wird von der Galerie mit stürmischem
Beifall begrüßt, während der Parteitag sich reserviert
verhält. Das gleiche Bild wiederholt sich, als Sendewitz die
Rednertribüne verläßt. Er nimmt für sich und seine Mit-
angeklagten die ehrliche Ueberzeugung in Anspruch, die ihm
niemand bestreitet. Aber seine Ueberzeugung auch auf den
Parteitag zu übertragen, gelingt ihm nicht. Immerhin kann
man von seiner Rede sagen, daß sie nicht verfehlernd
gewirkt hat.

Toni Sender, die vor ihrer Abreise von Berlin einen
noch glücklich abgelassenen Straßenbahnunfall erlitten hat,
spricht mit verbundenem linkem Arm, aber mit unverminder-
tem Temperament. Sie ermahnt aufs eindringlichste die
Regierung und bürgerliche Parteien, den Bogen nicht zu über-
spannen.

Es folgt noch eine kurze bunte Reihe. Der Rechtsanwalt
Rosenfeld kreuzt die Ringe mit dem Staatsanwalt
Hoegner, aber der Staatsanwalt ist gar nicht staats-
anwaltlich, redet nicht über Disziplinbruch, sondern warnt vor
den Gefahren des Faschismus, wie er sie aus Bayern kennt.
Die beiden Berliner, Künstler und Crispian, haben
sich, der eine gegen, der andere für gemeldet und tauschen

kameradschaftlich keine Meinungsverschiedenheiten aus. In der Beurteilung des Disziplinbruchs sind sie einig. Fleißner-Dresden wendet sich unter starker Zustimmung gegen die Handelspolitik der Brüning-Schiele-Regierung.

Dann verlagert sich der Parteitag etwas vorzeitig, weil zahlreiche Delegierte noch am selben Abend in den verschiedensten Orien Sachsens als Redner erwartet werden. Sie werden sagen können, daß der Parteitag bisher einen glänzenden Verlauf genommen hat und daß nach seinem Schluß die Partei einiger und geschlossener sein wird, denn je.

Das Recht der Frau.

Beschluß des Parteitags zur Frauenerwerbsarbeit.

Der Parteitag hat die folgende Resolution zur Frage der Frauenerwerbsarbeit angenommen:

Der Kampf um die Behebung der Arbeitslosigkeit ist von Unternehmertum und Reaktion dazu benutzt worden, um die Kampfbasis zu verschieben und die Massen von den eigentlichen Ursachen der Arbeitslosigkeit und von den wirksamen Möglichkeiten, sie zu bekämpfen, abzulenken.

Die Sozialdemokratische Partei bekämpft aufs schärfste die Hege gegen die arbeitende Frau — gleichviel, ob sie ledig oder verheiratet ist.

Nicht die erwerbstätige Frau ist schuld an der anwachsenden Arbeitslosigkeit, sondern das kapitalistische System, das es mit voller Energie zu bekämpfen gilt. Wir verwerfen die Versuche, von welcher Seite sie auch kommen mögen, einen Keil in die Arbeiterklasse hineinzutreiben und befennen uns erneut zu der bereits in unserem Heidelberger Programm aufgestellten Forderung:

„Gleiches Recht der Frau auf Erwerbsarbeit“.

Daß bei Entlassungen die soziale Lage des einzelnen Berücksichtigung finden muß und daß vor allem der wirtschaftlich Schwächere seinen Arbeitsplatz behalten soll, ist selbstverständlich und sowohl von der Partei wie auch von den Gewerkschaften zu wiederholten Malen zum Ausdruck gebracht worden. Ebenso selbstverständlich ist es aber auch, daß der wirtschaftlich Stärkere absolut nicht die Frau, auch nicht die verheiratete Frau sein muß.

Wir wenden uns aufs entschiedenste gegen die Versuche, auf diesem Wege einen Kampf der Arbeiter untereinander zu inszenieren.

Unsere Forderung heißt nicht „Kampf gegen die Erwerbsarbeit der Frau“, sondern „Kampf gegen das kapitalistische System, das allein die Schuld an der wachsenden Arbeitslosigkeit trägt“.

Zu diesem Kampfe brauchen wir alle Männer und Frauen. Die Frauen werden nur dann geschlossen und kampfreudig in den Reihen der kämpfenden Massen des Proletariats stehen, wenn sie gleichberechtigt sind und nicht unter ein Sonderrecht gestellt werden.

Der Fall Jakobshagen.

Eine unrichtige Berichtigung der Deutschen Friedensgesellschaft.

In unserer Ratig „Bombenleger und Radikalpazifisten bei der SPD.“ teilten wir mit, daß es sich bei dem zur SPD. übergetretenen früheren Reichstagsabgeordneten Jakobshagen um ein „Präsidialmitglied der Deutschen Friedensgesellschaft“ handelt. Hierzu sendet uns die Deutsche Friedensgesellschaft E. B. folgende Berichtigung:

Es ist nicht wahr, daß der frühere Reichstagsabgeordnete Jakobshagen Vorstandsmitglied der Deutschen Friedensgesellschaft ist.

Wahr ist vielmehr, daß dem Bundesvorstand der Deutschen Friedensgesellschaft die Herren von Schoenaich, Prof. Dr. Keller, Strübel, M. d. R., Haehler und Küster angehören.

So sehr wir den Wunsch der Deutschen Friedensgesellschaft begreifen, von dem seitfamen Pazifisten abzurufen, der zusammen mit dem Bombenleger von Salomon und dem Reichsmehrleutnant a. D. Scheringer in der SPD. „Pazifismus“ machen will, so müssen wir doch dieser Berichtigung widersprechen. Im Reichstagsbandbuch 1928 lesen wir in den selbstverfaßten Angaben des Reichstagsabgeordneten Gerhard Jakobshagen über seine Person wörtlich:

„Mitglied des Soldatenrats in einer bayerischen Division. Präsidialmitglied der Deutschen Friedensgesellschaft.“

Es ist uns nicht bekannt, daß die Deutsche Friedensgesellschaft jemals gegen die eigene Angabe Jakobshagens im Reichstagsbandbuch, ihr Präsidialmitglied zu sein, Einspruch erhoben hat. Es bleibt nur die Möglichkeit, daß Jakobshagen etwa nach 1928 aus ihrem Präsidium ausgeschieden ist. Dann aber stellt die Berichtigung der Deutschen Friedensgesellschaft eine wenig aufrichtige Wortklauberei dar.

Einige Angaben über die Vorgeschichte des Falles Jakobshagen finden unsere Leser im Parteitagungsbericht.

Bom inneren Kriegsschauplatz.

Drei Tote in Hagen. — Bomben in Duisburg.

Dortmund, 2. Juni (Eigenbericht). In Verfolgung der Hagenen Schießerei zwischen Nazis und Kommunisten, bei der es 3 Tote, darunter 2 Nazis, gab, hat die Essener Zentralmordkommission 19 Hakenkreuzler festgenommen, die in Hagen an den Demonstrationen beteiligt waren. 5 der Festgenommenen wurden in Haft behalten, da sie dringend verdächtig sind, die Schüsse abgegeben zu haben. Weitere Verhaftungen stehen bevor.

Duisburg, 2. Juni (Eigenbericht). In Duisburg mußten 10 Kommunisten wegen Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz verhaftet werden. Es wurden bei ihnen fertige Bomben, Sprengstoffe und Zündkapseln vorgefunden. Wie verlautet, sollten damit Sprengungen an öffentlichen Gebäuden vorgenommen werden.

Da die Kommunisten sich jetzt schon mit den Bombenhauptlingen von Holstein verbrüdern, darf man annehmen, daß die Duisburger ganz im Rahmen der neuesten „Parteilinie“ zu handeln glaubten, wenn sie die notwendigen Sprengmittel bei sich aufspeicherten.

In Warschau gab es kommunistische Demonstrationen, Ausschreitungen und Schießereien: 1 Toter, 2 Verwundete.

Die Parade der Gestrigen.

Außenpolitisch Gefahr. — Innerpolitisch Masterade.

In seiner vortrefflichen Rede auf dem Parteitag in Leipzig hat Genosse Sollmann sich auch mit dem Aufmarsch des Stahlhelms in Breslau beschäftigt und dabei Ausführungen gemacht, die Beachtung in allen politischen Kreisen finden dürften. Wir tragen diesen Teil der Rede, der in unserem Bericht nur gestreift war, nach dem Stenogramm im Wortlaut nach:

„Als die Befreiungspolitik des Kabinetts Hermann Müller zur Befreiung der Rheinlande geführt hat, hielt der Stahlhelm in Koblenz eine große Parade ab. In den Zeiten des Kampfes um die Rheinlande aber haben die Führer des Stahlhelms sich genau so in der Schlange herumgedrückt wie der Eckonprinz, der jetzt die Paraden des Stahlhelms abzuschmecken beliebt. (Lebhafte Zustimmung.) Ich glaube auch im Hinblick auf die neueste Parade in Breslau, daß der Parteitag der größten deutschen Partei die Pflicht hat, auszusprechen, daß diese Paraden mit ihren kriegerischen Reden allmählich zu einem außenpolitischen Skandal sich auswachsen. (Lebhafte Zustimmung.) Die Herren, die diese Paraden veranstalten und die früheren Fürsten, die dort als Staffage benutzt werden, weil sie nichts Besseres leisten können, täuschen sich, wenn sie glauben, mit einem solchen Theater dem deutschen Volk und der Außenpolitik zu nützen. Es ist höchst bedauerlich, daß der Reichspräsident der Deutschen Republik derartige Tagungen durch Danktelegramme auszeichnet, für die schließlich auch die Regierung eine gewisse Verantwortung tragen sollte.“

Am übrigen bin ich überzeugt, daß der Reichspräsident unser Urteil über den Stahlhelm nicht teilt. Aber wir halten den Stahlhelm trotz aller Gesten weniger für eine Organisation, die einen Revandekrieg vorbereiten will, sondern wir sind der Auffassung, daß die Führer des Stahlhelms, ihre Geldgeber und ihre fürstlichen Protektoren die Stahlhelmmitglieder nicht für den äußeren Krieg drillen, daß vielmehr der Haß dieser Menschen uns gilt, daß der Stahlhelm eine Organisation ist zur Vorbereitung des Bürgerkrieges und zur Niedertrachtung der arbeitenden Massen Deutschlands. (Sehr wahr!) Der Reichspräsident und die Reichsregierung sollten sich wohl überlegen, wie es von den Massen des Volkes empfunden wird, wenn der Reichspräsident Ehrenmitglied einer solchen Organisation ist.“

Wir denken, diese Äußerungen seien deutlich genug und könnten kaum mißverstanden werden!

Auch Hege war dabei.

Bei der Parade des Stahlhelms in Breslau, bei der natürlich gegen die Regierungen im Reich wie in Preußen wieder auf das schärfste gehetzt wurde, hat es einiges Erstaunen hervorgerufen, daß Generaloberst a. D. Hege, ehemaliger Chef der Heeresleitung, in der Groß-Berliner Stahlhelmsgruppe „als einfacher Stahlhelmmann marschierte“. In einem Berliner deutschnationalen Blatt erklärte Hege, daß er schon als Chef der Heeresleitung interessanter Einblicke in die Arbeit des Stahlhelms erhalten und sofort nach seinem Ausscheiden den Plan gefaßt hatte, dem Stahlhelm beizutreten. Dazu bemerkt der „Demokratische Zeitungsdienst“:

Wem fällt in diesem Zusammenhang nicht der Erlaß ein, den im Februar dieses Jahres der jetzige Chef der Heeresleitung, General von Hammerstein-Equord, an die aktiven und ausgeschiedenen Generale und an die Offiziere in Generalsstellungen des Reichsheeres gerichtet hat! General von Hammerstein nahm in diesem Erlaß Bezug auf unsachliche und unangelegte absprechende Urteile ausgeschiedener höherer Offiziere gegen die obersten Stellen des Reichsheeres und auf Äußerungen solcher ausgeschiedener höherer Offiziere über das Verhältnis des Reichsheeres zu den Zielen der Wehrverbände. Im Anschluß daran schrieb er in dem auch heute noch gültigen Erlaß folgendes wörtlich:

„Im Interesse des Reichsheeres und des Zusammenhangs zwischen ihm und seinen aktiven Offizieren liegt es, wenn letztere die gebotene Zurückhaltung auch nach ihrem Ausscheiden bewahren. Sie drücken sonst den Gegnern die Waffe in die Hand, die behaupten, daß die Offiziere, solange sie im aktiven Dienst sind, ihre wahre Gesinnung verhehlen und dem Staate nur materieller Vorteile wegen dienen.“

Ich scheue mich nicht, klar und deutlich auszusprechen, daß es für das Reichsheer weiterhin nicht tragbar ist, daß ausgeschiedene Offiziere, die die Uniform des Reichsheeres tragen, öffentlich in vorher geschwiegener Weise gegen das Reichsheer und seine Führung Stellung nehmen. Ich würde es aufs tiefste bedauern, wenn ich mich gezwungen sähe, unter Umständen einen Trennungskrieg ziehen zu müssen, indem ich die Überlernung des Rechtes zum Tragen der Uniform des Reichsheeres beantrage.“

Schiele gegen Brüning.

„An den Grundsätzen der Getreidepolitik soll nicht gerührt werden.“

Reichskanzler Brüning steht mit der Mehrheit des Reichskabinetts auf dem Standpunkt, daß die Wiederherstellung der alten Brotpreise auch durch ausreichende Zolleinstellung erzwungen werden muß. Bei der Eröffnung der 37. Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft in Hannover hatte der Reichsernährungsminister Schiele sich offen in Gegensatz zum Reichskanzler gestellt. Dabei hat Schiele dem Gesetz vom 28. März 1931, das die Regierung verpflichtet, einer Brotpreissteigerung vorzubeugen, eine politisch unhaltbare und gefährliche Ausdeutung gegeben. Erste Aufgabe der Reichsregierung sei nach diesem Gesetz die Angleichung der Preise und Kosten in der Landwirtschaft, mit anderen Worten die Beseitigung der Preisdifferenz zwischen Agrarprodukten und industriellen Fertigwaren. „Dem kann und darf auch der im Gesetz enthaltene Verbraucherschutz, und zwar gerade im wohlverstandenen Interesse der Verbraucher nicht entgegenstehen. An den bewährten Grundsätzen der jetzigen Getreidepolitik soll nicht gerührt werden.“ so Schiele.

Das bedeutet, daß sich der Reichsernährungsminister Schiele für den Fall, daß die Wiederherstellung der alten Brotpreise nur durch Zolleinstellung erreichbar ist, sich als grundsätzlicher Gegner der Brüning'schen Auffassung bekennt. Für dieses Bekenntnis ist die Meinung Schieles, daß der im Gesetz enthaltene Verbraucherschutz, das heißt die Brotpreisklausel, hinter der Angleichung der Preise zurückzutreten hat, nur die Begründung.

Es entsteht der Eindruck, daß der Reichsernährungsminister Schiele sich über den klaren Wortlaut des Gesetzes, der die Verhinderung einer Brotpreissteigerung fordert, hinwegsetzen will. In dieser Absicht liegt die Tendenz, dem gesetzlichen Verbraucherschutz zu einer Bestimmung minderen Rechtes gegenüber dem Schutz der Landwirtschaft zu machen. Das ist eine unmögliche Lage für die Reichsregierung und nicht nur für sie.

Landbund meldet sich zur Notverordnung mit unerschämten Forderungen.

Das Präsidium des Reichslandbundes hat an den Reichskanzler und an den Reichsernährungsminister am Dienstag je ein Schreiben gerichtet. Der Brief an den Reichsernährungsminister beschäftigt sich mit Preismittelungen über die kommende Notverordnung. Zur Verdoppelung der Zuckersteuer sagt der Reichslandbund, daß diese, angesichts der geschwächten Kaufkraft, zu einem Konsumrückgang führen müsse, erklärt aber die zur Erhaltung der Konsumkraft notwendige und durchführbare Senkung des Zuckerschäpstpreises für untragbar. Sodann folgt ein Wunschbillet, das auf Erhöhung des Brennrechts zur Stützung der Kartoffelpreise sowie auf besonderen Schutz des deutschen Tabakbaues abzielt. Auch die bekannte Forderung nach dem Spiritusbeimischungszwang fehlt natürlich nicht. Sodann gibt der Reichslandbund seinem „Befremden“ Ausdruck, daß die Reichsregierung noch nicht an einen stärkeren Schutz der Milch- und Wollereiproduktion herangehen wolle.

In dem Schreiben an den Reichskanzler heißt es, die Landwirtschaft sei schwer beunruhigt über die Preismittelungen, monach der Kanzler den Sozialdemokraten unter Umständen eine Senkung der Brotgetreidezölle in Aussicht gestellt habe. Es sei nicht nur die Getreideversorgung bis zur Ernte sichergestellt, sondern es bleibe noch ein Restbestand von etwa 300 000 Tonnen Roggen, der in die neue Ernteperiode mit hinübergenommen werde. Es dürfe nicht wieder vorkommen, daß die Preise der kommenden Ernte so gefährdigt werden, daß diese wieder mit Verlust für den Landwirt veräußert werden müsse. Nicht Abbau der Getreidezölle, sondern Aufbau des Schutzes der Veredelungswirtschaft sei das Gebot der Stunde. Die Hege gegen die Getreidezölle auf Grund gewisser Brot-

preissteigerungen sei ein ausgesprochen politisches Wanderver. Die unbedeutende Roggenpreissteigerung der letzten Wochen könne für die Verteuerung des Brotes nicht verantwortlich gemacht werden. Der Reichslandbund fordere erneut die Aufhebung des Nachtbrotverbotes. Am Schluß des Schreibens wird der Kanzler dringend ersucht, alle Bestimmungen, die die Erzeugerpreise des Landwirts erneut gefährden könnten, abzulehnen.

Es gehört schon die eiserne Stirn der Landbundaagratiere dazu, um bei dem heutigen Massensturm sich nicht nur einer Zolleinstellung für Getreide zu widersetzen, sondern im gleichen Atem noch das Anziehen der Zollschraube für sämtliche landwirtschaftlichen Milch- und Wollereiprodukte zu fordern. Als eine kaum zu überbietende Unverschämtheit aber ist es zu bezeichnen, wenn der Reichslandbund, dessen Zölpolitik die Hauptschuld an der Brotteuerung trägt, den Versuch unternimmt, durch die Forderung auf Wiedereinführung des Nachtbrotverbotes die Bäckerarbeiter die ganze Zechen bezahlen zu lassen.

Notrevolten im Westen.

Erwerbslose rebellieren gegen Abzüge.

Essen, 2. Juni.

Zu schweren Ausschreitungen kam es heute bei der Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung in der Verwaltungsstelle des Arbeitsamts in Weshofen bei Walsum. Die vorgeschriebene Kürzung der Unterstützungssätze brachte die Menge in so starke Erregung, daß etwa 300 bis 400 Personen versuchten, die Verwaltungsstelle zu stürmen. Der Polizei gelang es, dieses Vorhaben zu vereiteln. Hierauf stürmte ein größerer Trupp in die Konsumantstalt 19 der Vereinigten Stahlwerke, die sich auf dem Marktplatz in Weshofen befindet und schloß sich an, den Laden auszulündern. Die inzwischen herbeigerufene Schutzpolizei aus Oberhausen konnte Plünderungen verhindern und die Menschenansammlungen zerstreuen, nicht ohne jedoch dabei mehrfach tödlich angegriffen zu werden. Besonders Frauen taten sich hierbei hervor. Im Laufe des Tages bildeten sich immer wieder neuen Ansammlungen, die von der Polizei zerstreut werden mußten.

Politik in Schaumburg-Lippe.

Sozialdemokrat als Landtagspräsident. — Kommunist unterstützt die Rechte.

Bückeburg, 2. Juni (Eigenbericht).

In der ersten Sitzung des neugewählten Schaumburg-Lippischen Landtags wurde am Dienstag der sozialdemokratische Abgeordnete Laitsch zum Präsidenten gewählt. Die Wahl der Landesregierung konnte noch nicht erfolgen, da von den Nationalsozialisten und den Kommunisten Anträge auf Abschaffung des Staatsratspostens gestellt worden waren. Bis zur Bildung der neuen Regierung wird die alte sozialdemokratische im Amt bleiben. Der Kommunist als Junglein an der Wage ließ keinen Zweifel darüber, daß er gewillt ist, gegen die Sozialdemokraten mit den Rechtsparteien zu stimmen.

Iren oder Irren?

Remarque und Rauf Damsun in Irland verboten.

London, 2. Juni.

„Der Weg zurück“, das neue Werk Erich Maria Remarques, ist in dem irischen Freistaat auf die Liste der verbotenen Bücher gesetzt worden. Ein weiteres ausländisches Buch auf dieser Liste ist „Bagabunden“ von Knut Ham-

Hitlers Stabschef an der Staatskrippe.

Reichssubsidien für den Hochverräter Röhm.

München, 2. Juni (Eigenbericht).

Zu den gefährlichsten Feinden der demokratischen Republik zählt der militärische Befehlshaber der Hitler-Partei, der sogenannte Stabschef der Sturmabteilungen und Schutzstaffeln Ernst Röhm, deutscher Hauptmann und bolivianischer Oberleutnant a. D. Für die Republik ist die Affäre Röhm eine offenkundige Tragikomödie. Denn die Republik finanziert den Verräter nicht nur mit einer laufenden monatlichen Pension von 335,25 M., sondern sie gewährte ihm auf sein Verlangen in den Jahren 1924/28 auch noch eine Reihe von Subventionen. Ueber diese Unterstüngen, an denen das Reichswehrministerium mit 1420 M. und das Reichsarbeitsministerium mit 400 M. beteiligt ist, weiß die sozialdemokratische „Münchener Post“ interessante Einzelheiten mitzuteilen.

Den ersten Betrag mit 220 M. zahlte das Reichswehrministerium am 15. September 1924 mit einer Postanweisung an Röhm, der diese Summe zum Ausgleich einer Forderung des Versorgungsamtes München-Stadt als Rückerstattung für unzulässig gezahlte Pension verwenden sollte. Röhm führte aber keinen Pfennig ab und als er vom Versorgungsamt wiederholt gemahnt wurde, bat er das Reichswehrministerium um eine neue Unterstüung von 500 M. Er begründete dies damit, daß ihm durch seine Verurteilung im Hitler-Prozess 1700 M. Gerichtskosten und 6000 M. Anwaltskosten entstanden seien, weshalb er sich jetzt in großer Not befinde. Außerdem sei ihm auf einer Reise von Berlin nach München ein Koffer im Werte von 1500 M. gestohlen worden. Das Münchener Versorgungsamt befürwortete die Gewährung einer größeren Summe und das Bezirkswohlfahrtsamt, das die Verhältnisse des Röhm nachprüfen hatte, bemerkte ebenfalls: „Die Gewährung einer größeren Summe als einmalige Unterstüung wird befürwortet.“

Das Reichswehrministerium war daraufhin außerordentlich entgegenkommend und zahlte an Röhm „durch besondere Verfügung“ nicht nur 500 sondern sogar 700 M. Unterstüung aus (6. Mai 1925). Ein Jahr später, am 20. April 1926, öffnete dann das Reichswehrministerium den Beutel für Röhm und gibt ihm 100 M. einmalige Unterstüung, dann am 1. Juli des gleichen Jahres wieder das Reichswehrministerium mit 300 M., dann am 5. April 1927 das Arbeitsministerium mit 300 M. und am 17. Januar 1928 nochmals das Reichswehrministerium mit 200 M. Die anscheinend letzte Unterstüung mit 200 M. bezog Röhm am 28. Mai 1928, doch steht nicht fest, woher er dieses Geld bekommen hat.

Ein Wirklichkeit war es dennoch so, daß die Republik ihrem eigenen Bürger einen bedeutenden Zuschuß für die Dedung der Kosten des Prozesses gab, den sie gegen ihn als Hochverräter angestrengt hatte! Das ist wahrlich eine groteske Situation. Auffallend ist, daß die Subventionierung Röhms in die Area Geßlers fällt. Als Geßner in das Reichswehrministerium einzog, unterließ der Hochverräter offenbar seine Anträge und zog es bald darauf vor, von München nach Bolivien überzuseheln, bis ihn Hitler als „Wehrminister der Ratzpartei“ nach Deutschland zurückholte.

Die Spannung in Italien.

Faschistisches Parteidirektorium einberufen.

Rom, 2. Juni.

Das Direktorium der faschistischen Partei wurde auf Mittwochmittag unter dem Vorsitz Mussolins in den Palazzo Venezia einberufen. Man mißt dieser Sitzung im Zusammenhang mit den zwischen der italienischen Regierung und dem Vatikan entstandenen Konflikt besondere Bedeutung bei, da Erklärungen des italienischen Regierungschefs über die Entwidlung des Streites mit der katholischen Aktion erwartet werden.

Auflösung der katholischen Jugendvereine in Südtirol

Innsbruck, 2. Juni.

Bei den Vorständen sämtlicher katholischer Jugendvereine Südtirols erschienen Abgesandte der Quästur und teilten ihnen mit, daß die Regierung die Auflösung der Vereine und die Beschlagnahme der Vereinsvermögen verfügt habe. Jeglicher Vereinsbetrieb habe aufzuhören. Das Vermögen der Vereine wurde aufgenommen, auch alle Inventarstücke genau aufgeschriebenen und den Präsidien verboten, irgend etwas von dem Vereinsvermögen zu entfernen. Die Präsidien wurden für die genaue Einhaltung des Auftrages für verantwortlich erklärt.

In Kallern erklärte die Behörde das Vereinshaus für geschlossen und nahm auch die Schlüssel selbst in Verwahrung. In Bozen war für Sonntag, den 31. Mai, ein Wiesenfest des katholischen Gesellenvereins anberaumt, zu dem die katholische Vereinskapelle von Meran erscheinen sollte. Das Fest, für das die behördliche Genehmigung bereits erteilt war, wurde verboten. In Bozen wurde auch die katholische Jugendkapelle aufgelöst. Der Auftrag wurde begründet mit einer allgemeinen Verfügung, die gegen sämtliche katholischen Jugendvereine Italiens ergangen sei.

Rumänische Wahl.

Gesiegt wie gewollt.

Mit den landesüblichen Wahlmethoden hat die Putschregierung des Herrn Corga ein mißfälliges Parlament erwählt bekommen; die 40 Proz. der Stimmen, die man in Rumänien braucht, hat sie weit überstiegen, mit 70 Proz. hat sie sogar den wackeren Völsdusti übertrumpft und sich dem Herrn und Meister Mussolini genähert. Die Raniu-Partei der Nationalisten hat nur in den ehemals ungarischen, stark deutschen und magyarischen Gebieten sich halbwegs halten können. Ueberraschend ist der Erfolg Georg Bratiunus, der viele liberale Stimmen auf sich vereinigte und gegen 14 Mandate haben dürfte. Die Antifaschisten des Pogramprofessors Cuzza haben Erfolge erzielt. Unter anderem haben sie in der Stadt Eufschawa in der Bukowina die absolute Mehrheit erlangt. Die Kommunisten, die als Arbeiter und Bauernblock auftraten, dürften zum ersten Male ins Parlament einzuziehen. Die Sozialdemokraten sind verschiedentlich von den Kommunisten überholt worden. In manchen Orten stimmte nur die Hälfte der Wahlberechtigten, manchmal sogar nur ein Drittel.

In Eupen-Malmédy verhaftet wurde der Kapitularkanzler Dr. Steinwender (Salzburg) festgehalten und zur Wache in Egnatten gebracht, obwohl er einen regelrechten Paß hat. Er sollte im Heimatslande Eupen-Malmédy einen Vortrag über Religion und Volkstum halten. Die Polizei verweigerte jegliche Auskunft. Angeblich soll für Ausländer ein Reiseverbot bestehen.

Der deutsche Schulkreis im polnischen Kreise Schwegel ist eingestrichelt worden, da die Anordnung erteilt wurde, den Religionsunterricht deutsch zu erteilen, wenn die Eltern „unbedingt darauf bestehen“.

Bombenleger + Pazifismus = KPD.

Der radikale Pazifist Jacobshagen trat der KPD bei. Gleichzeitig schrieb der Bombenleger v. Salomon seinen Bludwunschkbrief an die KPD.



Reitergeneral Thälmann: „Willkommen, Ihr wackeren Bombenleger. Meldet Euch gleich zum aktiven Dienst bei Leutnant Scheringer. An dem miesen Pazifisten hier braucht Ihr Euch nicht zu stoßen, der tut nur Reklamedienst.“

Gommertagung des Unterhauses.

Wahlreform / Budgetverabschiedung / Sanierung der Arbeitslosenversicherung.

London, 2. Juni (Eigenbericht).

Das Unterhaus ist nach den Pfingstferien zu einer Sitzungsperiode zusammengetreten, die reich an gesetzgeberischen Aufgaben und schwierigen Situationen sein wird. Zunächst hat das Haus die

Wahlreform

zu erledigen. Die Hauptbestimmungen dieses Gesetzentwurfes sind trotz des konservativen Widerstandes bisher bestehen geblieben, nämlich das Alternativ-Wahlrecht, nach dem der Wähler neben dem Kandidaten seiner Partei noch einen zweiten bezeichnen kann für den Fall, daß ersterer keine Mehrheit erlangt. Diese Bestimmung soll in erster Linie den Liberalen und der Arbeiterpartei zugute kommen. Ferner schafft das Gesetz das Parallelwahlrecht ab. Der Widerstand der Konservativen wird sich noch einmal im Unterhaus entfalten, die Regierung ist jedoch sicher, daß das Gesetz mit Hilfe der Liberalen angenommen wird. Welches Schicksal es aber im Oberhaus haben wird, ist ungewiß, wenn auch die Lords bemüht sind, der von der Arbeiterpartei für die nächsten Wahlen vorbereiteten Parole, die gegen das Oberhaus lauten wird, nicht noch mehr Unterlagen zu geben.

Die Hauptaufgabe des Unterhauses wird die

Verabschiedung des Budgets

sein. Für seine Behandlung hat die Regierung einen Plan eingebracht, der die einzelnen Etappen der Diskussion beschränkt. Sie ist dazu genötigt, damit das Gesetz noch einen Monat vor dem Ende der Session, die wahrscheinlich Ende Juli liegen wird, ins Oberhaus kommen kann. Die Opposition wendet sich gegen diese Maßnahme, da sie reichlich Zeit zur Bekämpfung der im Finanzgesetz enthaltenen Grundwertsteuer haben will, der wichtigsten gesetzgeberischen Tat der Arbeiterregierung. Da aber diese Steuer ein alter Programmpunkt der Liberalen ist und die Arbeiterregierung sich damit die Unterstüung dieser Partei gesichert hat, braucht die Regierung

nichts zu befürchten. Ueberhaupt ist ihre Lage, wie der Verlauf des diesjährigen liberalen Parteitagcs gezeigt hat, bedeutend gefestigt.

Daß die liberale Stütze der Arbeiterregierung unerschütterlich ist, kann man nicht sagen. Sie wird noch in dieser Sitzungsperiode eine harte Prüfung auszuhalten haben, wenn es sich darum handelt,

die Verschuldungsgrenze für den Arbeitslosenversicherungsfonds

zu erhöhen. Heute ist dieser Fonds mit 83 Millionen Pfund Sterling bei der Staatskasse verschuldet. Zuletzt wurde die Grenze, bis zu der der Fonds beim Schahamt leihen darf, auf 90 Millionen Pfund erhöht. Da das Parlament Ende Juli für mehrere Monate in Ferien geht, muß vorgezogen und eine weitere Erhöhung beantragt werden. Bei der Diskussion über diesen Antrag wird der vorläufige Bericht der Verwaltungskommission über die Sanierung dieses Fonds eine große Rolle spielen. Der Bericht wird in dieser Woche veröffentlicht werden. Wir haben bereits die Hauptmaßnahmen, wie Herabsetzung der Arbeitslosenunterstüung, die er wahrscheinlich vorschlagen wird, dargestellt und auch den Widerstand geschildert, der sich in den Gewerkschaften, die das Hauptelement der Arbeiterpartei bilden, dagegen vorbereitet. Solche Vorschläge sich zu eigen zu machen ist für die Arbeiterregierung so gut wie unmöglich. Auf der anderen Seite stärken sie, da sie von einer so autoritativen Seite wie einer unparteiischen Verwaltungskommission kommen, nicht nur den Widerstand der Opposition gegen eine weitere Erhöhung der Verschuldungsgrenze des Arbeitslosenversicherungsfonds, sondern auch das Verlangen der Liberalen, daß die Regierung großzügigere Reformen in ihrer Arbeitslosenpolitik unternimmt, denen der Finanzminister Snowden sich bisher erfolgreich widersetzt hat. Allerdings bleibt der Regierung, bevor sie gezwungen ist, auf dem Gebiet der Arbeitslosenversicherung irgendwelche gesetzliche Maßnahmen zu ergreifen, noch eine Atempause bis zum Erscheinen des endgültigen Berichts, der nicht vor dem Herbst zu erwarten ist.

Nichtangriffspakt Frankreich—Rußland?

Zum Schutz der polnischen Ostgrenze.

Die „Telegraphen-Union“ meldet aus Paris:

In hiesigen politischen Kreisen sind äußerst aufsehenerregende Gerüchte verbreitet, von denen die Presse jedoch — wie auf höheren Befehl — keine Notiz nimmt. Es wird von gutunterrichteter Seite hartnäckig behauptet, daß in Paris schon vor der Genfer Tagung zwischen dem Dual d'Orsay und der Sowjetbotschaft gewisse Vorverhandlungen über den Abschluß eines französisch-russischen Nichtangriffspaktes — der in seinen Folgerungen auf eine Garantie der polnischen Ostgrenze hinauslaufen müßte — in Gang gekommen seien. In Genf habe man bereits wirtschaftliche bzw. handelspolitische Besprechungen aufgenommen, die vermutlich den rein politischen Verhandlungen gleich laufen. Am 5. Juni werde angeblich eine sowjetrussische Abordnung in Paris eintreffen und die Besprechungen im hiesigen Handelsministerium fortsetzen.

Begründung: Rußland braucht Geld!

Eine weitere Pariser III.-Waldung besagt:

Zu den Gerüchten über angekündigte oder noch bevorstehende französisch-sowjetrussische Verhandlungen über den Abschluß eines Nichtangriffspaktes glaubt man in hiesigen politischen Kreisen, daß der kürzliche Besuch des polnischen Außenministers Jaksli bei Briand möglicherweise mit dieser Frage in Verbindung zu bringen sei. Der Vorschlag gehe angeblich von Moskau aus und werde von der Räteregierung zur Vorbedingung für eine entgegenkommende Regelung des Vorkriegsschuldenproblems gemacht.

Andererseits brauche die Sowjetunion jetzt Kredite

und habe ein großes Interesse daran, sich mit Frankreich handelspolitisch zu einigen. Natürlich könne eine solche Verständigung

nicht einseitig zugunsten Rußlands ausfallen. Die ganze Angelegenheit sei schon von langer Hand vorbereitet, da Ministerpräsident Laval einigen französischen Parlamentariern bereits vor mehreren Wochen eine Wiederaufnahme der französisch-russischen Verhandlungen in Aussicht gestellt habe.

Von anderer Seite will man den Eindruck abschwächen und unterstreicht daher die einer Einigung entgegenstehenden großen Schwierigkeiten. Ganz unabhängig von diesen Gerüchten weiß die hiesige russische Emigrantenpresse zu berichten, daß in letzter Zeit

Sowjetwechsel mit dem Giro deutscher Banken oder großer deutscher Industrieunternehmungen in Paris aufgetaucht

seien. Gewisse Pariser Kreise bemühten sich, diese Wechsel zu diskontieren, was aber bisher auf die Schwierigkeit gestoßen sei, daß die französischen Großbanken von der französischen Regierung angeblickt den Bink erhalten hätten, keine Geschäfte mit russischen Wechseln vorzunehmen. Moskau wolle jetzt durch Mittelspersonen erreichen, daß die französische Regierung ihren Einspruch zurückziehe und darüber hinaus eine gewisse Sicherheit übernehme. Als Gegenleistung seien die Bolschewisten bereit,

Frankreich große Industrieaufträge zu erteilen.

Wenn die französische Regierung sich damit einverstanden erkläre, würden die heutigen Einnahmen der deutschen Banken in bedeutendem Maße auf Frankreich übergehen. Sowjetrußland habe die Hoffnung, auf diesem Wege in absehbarer Zeit französische Kredite zu erhalten, und bringe die Frage der Vorkriegsschulden mit diesem Plan in Zusammenhang.

Der irische Außenminister Patrick Mc. Gilligan und der Staatssekretär im irischen Außenministerium Joseph P. Walsh haben nach mehrtägigem Aufenthalt in der Reichshauptstadt Dienstagnachmittag Berlin verlassen.

Berlin auf Krebsjagd.

Die Gewässer wimmeln in diesem Jahr von Krustentieren

Wer geht durch einen Bogenausflug an das Ufer der Havel, der Spree oder eines noch so kleinen Nebenflusses geführt wird, sieht mit Erstaunen die sonst wie Statuen ruhigen Angler in eifrigster Bewegung. Reifens liegen die Angezuchten unbenuht am Ufer. Die Angler aber mit aufgetrempelten Hosen waten in gebückter Stellung im seichten Wasser, in der einen Hand einen Korb, ein Netz, Eimer oder dergleichen. Blühschnell bücken sie sich ab und zu, und jedesmal wird ein zappelndes Etwas in den Korb geworfen. Erstaunt tritt man näher, um zu entdecken, ob sich die Fische jetzt mit der Hand fischen lassen. Da sieht man, worum es sich handelt. Krebse werden gefangen!

In großen Mengen kommen die Krustentiere ans Ufer. Die Monate ohne r: Mai, Juni, Juli, August sind die günstigste Zeit zum Fang dieses Lederbissens, der jetzt in den meisten Haushalten unbekannt sein dürfte. Das war vor nicht langer Zeit anders; man konnte den Krebs beinahe als Volkstierbeissen bezeichnen; denn noch bis Ende des vorigen Jahrhunderts wimmelte jedes einheimische Gewässer bis zum kleinsten Bach förmlich von Krebsen. Dann kam die große Krebspest. Ein Krebssterben setzte ein, die das Tier zur größten Seltenheit fast werden ließ. Man versuchte durch die Einfuhr amerikanischer Flußkrebse Wandel zu schaffen. Der Erfolg scheint nicht ausgeblieben zu sein, konnte man doch vor einigen Tagen sogar im Landwehrkanal am Halleschen Tor beobachten, wie Tausende von Krebsen die Ufermauern erklimmen wollten.

Begeben wir uns selbst auf den Krebsfang. Zwischen einigen Steinen an einer flachen Uferstelle des Stöckensees werden Krebse gesichtet, unter den Steinen verborgen, so daß nur die Scheren herausragen. Blühschnell fassen wir zu. Ausich, zwar wir haben ihn, oder vielmehr er hat uns; denn mit der Schere festgeklemmt hängt er am Finger. Der Krebs entwickelt eine unheimliche Kraft. Mit Mühe bekommen wir ihn los, um zu entdecken, daß er uns bis „aufs Blut“ gezwickt hat. Also vorsichtig, so geht es nicht. Möglichst hinter die Scheren lassen und festhalten. Mancher läßt durch das wilde Krabbeln des unheimlichen kleinen Schwanzes erschreckt die Beute wieder fahren. Ein Blick unter den Schwanz des Krebses muß uns überzeugen, ob er noch Laich trägt. Die fischrogensähnlichen Körner des Laichs sind leicht zu entdecken; sie machen den Krebs für uns wertlos; er ist nicht schmackhaft und wird wieder in sein Element zurückgeführt. Die Beute wird zu Hause abgewaschen und in kochendes Wasser geworfen. (Nicht etwa mit dem Wasser zusammen aufgesetzt; das ist Tierquälerei.) In schöner roter Farbe erscheinen sie auf dem Teller, ein Lederbissen, der Abwechslung in die Küche bringt, und der — wenigstens jetzt, wenn man ihn selbst erbeutet — billig ist.

Kleine Straßenbilder.

Ein Kind gefunden, ein Dadel stirbt...

Vor dem Zeitungskiosk einer Untergrundbahnhaltestelle große Menschenansammlung. Was ist passiert? Einer Erstickungsnachricht gilt das allgemeine Interesse nicht, denn alle Blicke sind auf das Kiosktimmer gerichtet, nicht auf die ausgelegten Blätter. Die Verkäuferin hält einen niedlichen blonden Jungen auf dem Arm, der in den Bilderzeitschriften blättert und von der umherstehenden aufgeregten Menschheit keinerlei Notiz nimmt. „Da sag ich zu dem Jungen, geh doch mal weg von der Lüre, Kleiner, du fällst ja hinaus“, erzählt soeben einer der Verkäuferin. „Daß die Leute aber auch gar nicht aufpassen, sage ich zu meinem Nachbarn, da meint der: „Ja, der Junge gehört ja keinem, ich habe schon rumgefragt hier im Zug.“ Da führte der Mann das etwa vierjährige Kind aus dem Zug und übergab es der Zeitungsverkäuferin. „Ja, was soll nun geschehen“, meint diese; die Schaffner haben mit der

Zugabfertigung alle Hände voll zu tun und sie können schließlich mit solch kleinem Lebewesen nicht den amtlichen Weg einer Fundsache gehen und diese auf dem Fundbüro deponieren. Das Polizeirevier mobil zu machen, hat wieder nur dann Sinn, wenn man die für den Wohnbezirk des Kindes zuständige Stelle wühlt.

In der Straßbahn sieht eine ärmlich gekleidete alte Frau, einen Hund im Arm; unaufhörlich kullern ihr die Tränen über die vergrämten eingefallenen Wangen, sie starrt auf das Tier, das ganz still auf dem Rücken liegt. „Typhus, hat der Arzt gesagt, es gibt keine Rettung, aber es kann noch bis zum Abend dauern. Mein Sohn hing so an dem Tier, er ist im Krieg gefallen und hat mir immer und immer geschrieben, paß nur auf meinen Männen gut auf. Heute ist's gerade der Sterbetag von meinem Sohn und nun ist das Tier auch bald soweit. Solange keine Zukungen einsehen, hat der Arzt gesagt, ist noch keine Lebensgefahr; vielleicht übersteht er es doch...“ Im selben Moment, wie die Frau ihre Lebensgeschichte beendet, wirft sich das Tier, verdreht die Augen, streckt sich. „Tot ist er“, stößt sie heraus, springt auf, will abspringen. „Sachte, sachte“, meint der Schaffner, „Sie werdens doch wohl noch abwarten können, oder wollen Sie überfahren werden?“

Die Spreequelle in Ebersbach



Die Stadt Ebersbach kann in diesen Tagen auf ihr 625jähriges Bestehen zurückblicken. Den Berlinern ist Ebersbach besonders bekannt als Spreequellenort. Besitzt doch die Stadt den historischen Spreeborn. Das Bild zeigt den neuen Pavillon über der Spreequelle in Ebersbach, zu dem die an der Spree liegenden Städte ansehnliche Beiträge stifteten.

Begräbnis des erschossenen Schupo.

Der Polizeipräsident spricht am Sarge.

Auf dem Garnisonfriedhof in der Hasenheide ist gestern nachmittag das Opfer kommunistischer Revolverjäger, der Hauptwachmeister Paul Jänkert, seit vielen Jahren ein treuer Kämpfer auch in den Reihen der Sozialdemokratischen Partei, zur letzten Ruhe beigesetzt worden.

Die kleine Halle des Friedhofs vermochte nur einen Bruchteil von denen zu fassen, die gekommen waren, um dem heimtückisch Ermordeten die letzte Ehre zu erweisen. Viele hundert Kameraden des Toten, Kranzdelegationen der verschiedenen Kreise und Polizeieinspektionen, darunter eine große Zahl Offiziere, gaben dem so plötzlich aus ihren Reihen gerissenen Kollegen das letzte Geleit. Die Sozialdemokratische Partei war durch eine Fahnendelegation der 28. Abteilung, der Jänkert angehörte, vertreten. Das Reichsbanner ehrte den Toten durch ein prächtiges Kranzgebilde. Der Polizeipräsident Genosse Grzejinski, Vizepräsident Dr. Weich und der Stellvertretende Kommandeur der Berliner Schupo, Oberst Geny, weilten unter der großen Schaar der Trauergäste. Nach den Worten des Pfarrers glitt der schwarze einfache Sarg auf einem Kondukt, unter den Trauerklängen der Schupokapelle, durch die Reihen der spalterbildenden Schupobeamten zur Gruft. Das rote Banner der Partei senkte sich, als der Sarg langsam in die Tiefe glitt. Zum Schluß der Trauerfeierlichkeit ergriff Polizeipräsident Grzejinski das Wort: „Ruchlose Hände haben ein wertvolles Menschenleben vernichtet. Nordbuben haben einen hochachtbaren Polizeibeamten bei Ausübung seines schweren Dienstes getötet. Die furchtbare Tat geschah bei einer angeblich politischen Auseinandersetzung.

Politischer Kampf jedoch, der mit der Waffe in der Hand geführt wird, ist nichts anderes als ein gemeines Verbrechen,

gegen das gerade der demokratische Staat mit allen verfügbaren Nachmitteln vorgehen muß. Wir aber fragen uns, wann endlich sich im deutschen Volke eine geschlossene Front der anständigen Menschen bilden wird, die von den politischen Mördern und den hinter ihnen stehenden Parteien geschlossen abrüden. Wer einen im Dienst befindlichen Beamten tödlich angreift, greift den Staat an. Dann gibt es nur entschiedene Abwehr und ich werde doobeden.“ Der Polizeipräsident sprach sodann der schwergeprüften Witwe des Ermordeten, die nach kurzer Ehe von ihrem geliebten Manne wieder Abschied nehmen mußte, ein herzlichstes Beileid aus. Er schloß die Rede mit dem Gelöbniß, daß „wir alle, an welchem Plage wir auch stehen, ihm nachzueifern in aufopfernder Pflichttreue und Pflichterfüllung.“

Wie wir hören, haben sich einige „nationale“ Herren darüber aufgehalten, daß die Sozialdemokratische Partei, der Genosse Jänkert seit Jahren angehörte, zu Ehren des Toten eine Deputation mit dem roten Banner seiner Abteilung entsandte.

Der Polizeipräsident hat an die Witwe des Erschossenen ein herzlich gehaltenes Beileidsschreiben gerichtet.

21 Opfer eines Kasernenbrandes.

Die Getöteten chinesische Soldaten der Roten Armee.

Peking, 2. Juni.

Nach einer Mitteilung aus der Provinz Chenan ist in der Stadt Guanshan, die von Truppenteilen der Roten Armee besetzt worden ist, in einer Kaserne ein Großfeuer ausgebrochen. Infolge der schnellen Ausdehnung des Feuers ist das Gebäude ein Haub der Flammen geworden. 21 chinesische Soldaten der Roten Armee sind dabei ums Leben gekommen. Die Kommunisten behaupten, daß das Feuer auf Brandstiftung der Bürgerwehr zurückzuführen ist.



12 Stühle
VON I. ILF UND F. PETROW

„Nun denn, verzeihen Sie“, sagte Worobjew nasehnend. „Ich glaube, ich werde schon allein mit meiner Angelegenheit fertig werden.“

„Nun dann, verzeihen Sie“, erwiderte der blendende Ostap. „Ich glaube, auch ich werde mit Ihrer Angelegenheit allein fertig werden.“

„Schuft!“ schrie Worobjew zitternd.

Ostap blieb kaltblütig. „Hören Sie, Herr aus Paris, wissen Sie auch, daß Ihre Brillanten fast schon in meiner Tasche sind! Und daß Sie mich nur so weit interessieren, als ich Ihre alten Tage sicherstellen will?“

Jetzt erst begriff Worobjew, welche Eisentrallen ihn an der Kehle gepackt hielten. „Zwanzig Prozent“, sagte er düster. „Und freie Kost und Wohnung?“ fragte Ostap ironisch.

„Fünfundzwanzig Prozent. Das macht siebenunddreißig-einhalbtausend.“

„Warum so pedantisch? Nun gut, sagen wir also fünfzig Prozent. Eine Hälfte Ihnen, die andere mir.“

Das Feilschen dauerte an. Ostap ließ noch etwas nach. Aus Achtung für Worobjew war er gegen vierzig Prozent Anteil zur Mitarbeit bereit.

„Sechzigtausend!“ schrie Worobjew.

„Sie sind ein ziemlich banaler Mensch“, erwiderte Bender. „Sie lieben den Besitz mehr als nötig ist.“

„Und Sie lieben das Geld nicht?“ winselte Worobjew wie eine Fledermaus.

„Ich nicht.“

„Wozu brauchen Sie also sechzigtausend?“

„Prinzip. Seht sich also das Eis endlich in Bewegung?“ fügte Ostap hinzu.

Worobjew räusperte sich und sagte folgsam: „Natürlich.“

„Also abgemacht, Herr Vorsichtiger der Romantisch! Keine Herren Geschworenen, das Eis hat sich in Bewegung gesetzt!“

Da sich Worobjew durch die Apostrophierung „Vorsichtiger

der Romantisch“ beleidigt fühlte und eine Entschuldigung forderte, hielt Ostap eine Entschuldigungsrede und nannte ihn Feldmarschall, dann begannen sie die Dispositionen auszuarbeiten.

Der Hausmeister Tichon wanderte gegen Mitternacht zurück in seine Höhle. Dabei hielt er sich mit den Händen an allen Zäunen fest und umarmte die Telegraphenstangen. Zu seinem Bedauern war Neumond und ringsum dunkel.

„Hallo, da kommt ja unser trefflicher Soziologe!“ rief Ostap, als er den torkelnden Hausmeister sah.

Der knurrte mit tiefer, leidenschaftlicher Stimme. „Ihr Hausmeister ist ein etwas schwächlicher Mensch“, meinte Ostap. „Wie ist es möglich, sich für einen Rubel so zu betrinken?“

„E—es ist m—möglich“, sagte der Hausmeister, der plötzlich zu sich kam.

„Höre, Tichon, mein Freund“, begann Worobjew, „ist dir vielleicht bekannt, was mit meinen Möbeln geschehen ist?“

Ostap hielt Tichon vorsichtig aufrecht, um den Worten aus dem weitgeöffneten Mund freien Weg zu bahnen. Worobjew wartete gespannt. Aus dem Mund kam aber nur ein sinnloser Sang: „Es waren f—frohe T—tage...“ Dann brüllte er auf, wankte im Zimmer hin und her, troch unter den Tisch und fiel schließlich in die Knie. Dabei amüsierte er sich köstlich.

Worobjew ward ganz verlegen. „Wir sind gezwungen, das Verhör des Zeugen auf morgen zu vertagen“, sagte Ostap. „Geben wir schloßen.“

Der Hausmeister, schwer wie ein Kasten, wurde auf die Bank gelegt. Worobjew und Ostap schliefen im Bett des Hausmeisters. Ostap hatte unter der Weste ein Cowboytrottel an, schwarz und rot kariert. Unter dem Trottelt gab es nichts mehr. Worobjew dagegen trug unter seiner mondseinfarbenen Weste noch eine zweite gestricke aus hellblauer Wolle.

„Herrlich, Ihre Weste, direkt zum Anbeißen“, sagte Bender neidisch. „Sie wird mir gerade passen. Verkaufen Sie sie mir.“

Worobjew konnte seinem neuen Gesellschaftler nicht gut etwas abschlagen und er erklärte sich, wenn auch mit gerunzelter Stirn, bereit, die Weste zum Selbstkostenpreis, also acht Rubel, zu verkaufen.

„Das Geld werden Sie nach Realisierung unseres Schakes erhalten“, sagte Bender und griff nach der noch warmen Weste. „Das kann ich nicht machen“, sagte Worobjew errötend. „Lassen Sie mir meine Weste.“

Ostaps feine Natur empörte sich. „Sie benehmen sich wie ein Krämer“, schrie er. „Sie wollen eine Sache unter-

nehmen, die Aussicht gibt auf hundertfünzigtausend Rubel und streiten wegen einer solchen Bagatelle! Lernen Sie doch endlich frei und großzügig zu leben!“

Worobjew wurde noch verlegener, nahm ein kleines Notizbuch und trug mit kalligraphischer Schrift ein: 25. 4. 27. Genossen Bender acht Rubel geliehen.

Ostap sah ins Büchlein. „Oho! Wenn Sie mir schon ein Konto eröffnen, so muß es präzise sein. Schreiben Sie Soll und Haben. Ins Haben kommen die sechzigtausend, die Sie mir schuldig sind, und ins Soll die Weste. Bleibt immer noch ein hübscher Saldo zu meinen Gunsten. Davon kann man schon leben.“

Sodann schlief Ostap seinen stillen Kinderschlaf. Worobjew nahm die wollenen Pulswärmer und Stiefel ab, behielt nur die Jägerwäsche an und froch ächzend unter die Decke.

Wirkung des „Titanit“

Worobjew wachte gewohnheitsgemäß um halb acht auf, murmelte ein „Guten Morgen“ und ging zur Wasserleitung, die sich gleichfalls in der Hausmeisterwohnung befand. Er wusch sich mit Begeisterung, spuckte und schüttelte sich, um das Wasser aus den Ohren zu bekommen. Das Waschen war ihm sehr angenehm. Als er aber das Handtuch vom Gesicht nahm, sah er, daß es mit der radikalsten schwarzen Farbe beschmutzt war. Die Farbe, mit der sein Schnurrbart zwei Tage vorher gefärbt worden war. Worobjew ward sofort nüchtern. Er griff nach seinem Taschenspiegel. Da sah er die große Nase und die linke Schnurrbarthälfte, grün wie junges Gras. Worobjew rückte den Spiegel nach rechts. Auch alles andere hatte dieselbe ekelhafte Farbe. Er neigte den Kopf, als wollte er den Spiegel mit den Hörnern stoßen, und konstatierte, daß der Kopf nur oben, in der Mitte, radikal schwarz war, an den Seiten aber war das Haar wieder großfarbig. Worobjew stieß von tief innen her ein so lautes Stöhnen aus, daß Ostap seine klaren blauen Augen weit öffnete.

„Sind Sie verückt geworden?“ rief er und schloß gleich wieder die schläfrigen Augen.

„Genosse Bender“, flüsterte das Titanitopfer lebend.

Erst nach vielen Puffen und Beschwürungen vonseiten Worobjews war Ostap vollends wach. Er sah Worobjew aufmerksam an und grinste begeistert. Dann mußte er sich abwenden, und er, der angehende Generalsekretär, hielt sich zitternd am Betttrand fest, brach in ein schallendes Gelächter aus und schrie: „Ich kann nicht mehr“, und lachte immer wieder.

(Fortsetzung folgt.)

Ernstes Bild vom Bausparen.

Stillstand bei Wüstenrot. — Rückblick auf die „Devaheim“-pleite.

Die größte, als erste kollektive Bausparkasse in Deutschland 1924 ins Leben gerufene Bausparkasse „Gemeinschaft der Freunde Wüstenrot“ (GdF) veröffentlichte ihren Geschäftsbericht für das Jahr 1930. Wenn einer der bekanntesten Anhänger des Bausparkassengedankens, der Baurat Weiß, 1928 von dieser Kasse sagen konnte: „Sie flunkert mit Zahlen in einer Weise, die geeignet ist, ihre Bausparer dauernd in Täuschung zu halten“, so muß man jetzt feststellen, daß die GdF, ihre in den Vorjahren schärfsten kritisierte unzulängliche Berichterstattung nur um wenigstens verbessert hat.

Die Zahl der Bausparer, die ihre Verträge aufgegeben haben und die für das Vorjahr mit 7,4 Proz. des Vertragsbestandes beziffert wurden, sucht man in dem diesjährigen Geschäftsbericht vergebens. Sie kann jedoch nach den Angaben der GdF für die Halbjahrsberichte der Deutschen Bau- und Bodenkreditbank annähernd ermittelt werden. Danach betrug die Zahl der Bausparer bei der GdF (in Deutschland und Oesterreich) am

31. 12. 1928	31. 12. 1929	31. 5. 1930	31. 12. 1930
45 232	57 400	58 771	57 600

Die von Sachkundigen seit langem vorausgesagte rückläufige Bewegung hat also bereits eingesetzt.

Da nach den Angaben der Kasse im Berichtsjahre allein in Deutschland 7503 Bausparer neu angeworben wurden, so muß eine noch größere Anzahl alter Bausparer — schätzungsweise 18 bis 20 Prozent — ihre Verträge rückgängig gemacht haben. Das ist ein Symptom dafür, daß viele Bausparer die bei Vertragsabschluss unterschätzten Bausparverträge in der Wirtschaftskrise nicht mehr weitertragen können und auch ein Zeichen der tiefehenden Vertrauenskrise unter den Bausparern, die in ihren Hoffnungen auf baldige Zuteilung eines billigen Eigenheimkredits zwangsläufig getäuscht werden mußten. Von den 45 491 reichsdeutschen Bausparern der GdF, die bisher insgesamt rund 136 Millionen Mark Spareinlagen aufbrachten, erhielten bisher nur 8421 ihr Bauspardarlehen zugewiesen. Das sind nur 18,5 Proz. des Gesamtbestandes. Die übrigen — unter ihnen 7347, die seit 1924/25 warten — tragen das Risiko, bis zu 28 Jahren auf die Zuteilung warten zu müssen.

Auch der diesjährige Bericht der GdF zeigt anschaulich, daß der Betrieb einer Bausparkasse ein außergewöhnlich gutes Geschäft — für ihre Gründer ist. Bei einem Gesellschaftskapital von nur 110 000 M. erzielte die GdF 1929 einen „Gewinn“ von 867 500 M. 1930 brachte das deutsche Geschäft dieser „gemeinnützigen“ Gesellschaft 607 377 M. ein, die teilweise als Zuweisungen an die Rücklage ausgewiesen werden. Die Gewinne erlaubten der GdF außerdem, einen riesigen Verwaltungspalast in Ludwigsburg zu errichten, der unter den nach „ausreichenden Abschreibungen“ mit rund 1 250 000 M. ausgewiesenen (gegenüber dem Vorjahre um 915 000 M. erhöhten) Betriebsanlagen erscheint. Die Verwaltungskosten, zu denen noch 1 360 000 M. Verwaltungskosten kommen, haben sich gegenüber 1929 mehr als verdoppelt. Sie stiegen von rund 529 000 M. auf rund 1 081 000 M. Die Kriegergewinne und die großzügigen Geschäftsspielen der Gemeinschaft der Freunde, die ja die Bausparer aufbringen müssen, bemitleiden den Bausparinteressenten, daß kollektive Bausparkassen alles andere sind als für den Sparer billige Sparanstalten.

Was lehrt der Devaheim-Standal?

Es ist jetzt ein Jahr her, daß die freien Gewerkschaften in einer eingehend begründeten Entschiedenheit die Arbeiter, Angestellten und Beamten mit allem Nachdruck vor den Bausparkassen gewarnt haben. Die Entwicklung hat ihnen nur zu sehr recht gegeben. Von den rund 300 Bausparkassen, die in den letzten Jahren wie die Bißze aus dem Boden schossen, sind bereits 35 Institute zusammengebrochen, darunter die den Nationalsozialisten nahestehende Frankfurter Bausparkasse „Selbsthilfe der Arbeit“, deren „Siegeszug zur Befreiung Deutschlands von der Insknechtschaft“ mit dem Konkurs endete, der Tausenden von Kleinparcern ihre letzten Spargroschen — insgesamt rund 15 Millionen Mark — kostete.

Das letzte Glied in dieser Standalreihe war die Zahlungseinstellung bei einer der größten deutschen Bausparkassen, der Devaheim (Deutsche evangelische Heimstätten-Gesellschaft m. b. H.), zu der drei weitere Gesellschaften, die Baugenossenschaft des Deutschen evangelischen Volksbundes e. G. m. b. H., die Deutsche Heimstätten- und Bodenkredit-Anstalt gem. A. G. und die Deutsche Entschuldungs- und Zweckspar-Aktiengesellschaft (Deutzag) gehören. Nachdem vor mehreren Wochen die dem Baukonzern der evangelischen Kirche nahestehende Baugesellschaft „Stephansdach“ in Schwierigkeiten geriet, mußten die Devaheim und die Deutzag jetzt ihren rund 21 000 Bausparern, zu denen viele christliche Arbeiter zählen, mitteilen, daß sie ihren Verpflichtungen nicht nachkommen können.

Die Devaheim hatte 15 678 Mitglieder und Bausparer, mit denen Bausparverträge über 135,59 Millionen Mark abgeschlossen waren. Rund 10 Millionen Mark waren bereits als Einzahlungen geleistet. Die 5489 Bausparer der Deutzag hatten auf Bausparverträge von rund 96 Millionen Mark insgesamt 5,4 Millionen Mark eingezahlt.

An der Spitze dieses Unternehmens standen Personen, die außerordentlich geringe Erfahrungen in der Führung schwerer Sparkassengeschäfte hatten und auch rein persönlich zur Leitung eines solchen Unternehmens wenig geeignet waren. Auf zweifelhafte Grundstücksgehefte in Berlin-Lichterfelde und Wetterwirtschaft wurde bereits vor zwei Jahren in der Öffentlichkeit hingewiesen. In Hunderten von Fällen hat man sich bei Bausparzuteilungen nicht an die sachgemäßen Bestimmungen gehalten, sondern Bausparkredite und Hypotheken an Prominente des evangelischen Vereinslebens gegeben, die bei ordnungsgemäßer Durchführung des Geschäftes noch keinerlei Zuteilungen beanspruchen dürften. Zahlreichen Bausparern wurden Vorrechte auf Hauszinssteuererleichterungen, deren Bewilligung ausbleiben ist. Für Eigenheime wurden Hypotheken in einer solchen Höhe bewilligt (90 bis 95 Proz. des Bau- und Bodenwertes), daß die Gelder zwangsläufig gefahrdet wurden. Voreilige Zulagen für Bausparzuteilungen (bei 10 Millionen Mark Einzahlungen wurden

15 Millionen Mark von der Devaheim zugesagt) haben die Schwierigkeiten vermehrt. Vorläufig ist mehr als ungewiß, ob und in welchem Maße die jahrelangen Ersparnisse der kleinen Bausparer bei der Devaheim, die sich um den Anschluß an die den katholischen Organisationen nahestehende größte deutsche Bausparkasse, die „Gemeinschaft der Freunde“, bemüht, gesichert werden können.

Der Zusammenbruch des Devaheimkonzerns ist ein neues Warnungssignal. Wenn weitere schwerwiegende Schäden für breite Sparerkreise vermieden werden sollen, so muß

energischer als bisher an die Durchführung einer wirksamen Staatsaufsicht

über die Bausparkassen gegangen werden.

Der Kladderadatsch der Devaheim hat auch bürgerliche Kreise von der Richtigkeit der von der Sozialdemokratie aufgestellten Forderung einer Ausgestaltung der Bausparkassengebung in der Richtung materieller Vorschriften über die Propagandaförderung, die Geschäftsverfahren und die Sicherung der Spargelder durch Festlegung von Beleihungsgrenzen für Bausparhypotheken überzeugt. Die Gesetzgebung muß den Sparer sichern gegen den Unfug der Wettsparr- und Schneeballsysteme bei den meisten Bausparkassen, in denen stets der Kapitalstärkere vor seinen ärmeren „Spargenossen“ flieht und den letzten die Hunde beißen; sie muß mit den langen Spar- und Wartezeiten, die jetzt bis zu 68 Jahren (!) gehen, aufräumen und damit das Lotteriespiel um Baudarlehen, auf dem jede Bausparkasse beruht, eindämmen. Sie muß zugleich durch Vorschriften über die Propagandaförderung der Bausparkassen Sicherungen gegen die Verführung von Bausparern durch die maßlosen Versprechungen der Bausparkassensprecher und ihrer Vertreter schaffen. Nur so können die Sparer vor ihren eigenen Illusionen und vor der Spekulationswut, die viele zum Abschluß eines Bausparvertrages veranlaßt, geschützt werden.

K. Brockschmidt.

Neue Brücken AEG-Siemens Radiokonzentration in Deutschland.

In diesen Tagen verhandeln Siemens, AEG und die Telefunken-Gesellschaft über eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet des gesamten Nachrichtenfunk- und Rundfunkwesens. Die Telefunken-Gesellschaft soll die gesamten Laboratorien- und Entwicklungsarbeiten bei sich konzentrieren und auch den Vertrieb der Funkgeräte und -einrichtungen übernehmen, die von Siemens und der AEG hergestellt werden. Eine derartige Vereinbarung würde aus der Telefunken-Gesellschaft etwa das machen, was in den Vereinigten Staaten die Radio Corporation of America ist.

Die Telefunken-Gesellschaft, eine gemeinsame Gründung der AEG und des Siemens-Konzerns, ausgestattet mit einem Aktienkapital von nur 2 Millionen Mark, ist im Besitz der wichtigsten Patente auf dem gesamten Gebiet des Funkwesens. Diese monopolartige Stellung verschaffte der Gesellschaft große Gewinne, von deren Höhe in der Öffentlichkeit ebenso wenig etwas verlautet, wie etwa von den Gewinnen des Glühlampen-Geschäfts. Die Lage der auf dem Rundfunkgeräte- und Hörergerätee arbeitenden Konkurrenz in Deutschland wurde durch die jetzt vorgesehene Konzentration des Betriebs bei der Telefunken-Gesellschaft noch schwieriger werden.

Diese Vereinbarung würde eine neue Brücke zwischen Siemens und der AEG schlagen. Außer der Telefunken-Gesellschaft gibt es bereits eine Reihe gemeinsamer Unternehmungen, in denen die Interessen beider Konzerne konzentriert sind. Derartige Unternehmungen sind die Dora m. G. m. b. H. für das Glühlampengeschäft (Beteiligung je 33 1/2 Proz.), Vereinigte Eisenbahn-Signal-Werke A. G. für das Eisenbahnsignalmesen (Beteiligung der AEG 33 1/2 Proz., Siemens unter 50 Proz.), Vereinigte Lausitzer Glaswerke A. G. in Weißwasser (Beteiligung je etwa 25 Proz.), Deutsche Fernruf-Gesellschaft m. b. H. (je unter 25 Proz.) und die Deutsche Betriebs-Gesellschaft für drahtlose Telegraphie (Beteiligung je 25 Proz.). Die verstärkte Konzentration der Interessen auf dem Funkgebiet würde darauf hindeuten, daß auch auf anderen Gebieten eine Fortsetzung der Interessenzusammenlegung auf Spezialgebieten zu erwarten ist.

In den Vereinigten Staaten wurde zu Beginn des Jahres 1930 die Radio Corporation of America, die bis dahin den Vertrieb der Funkgeräte der beiden großen Konzerne General Electric und Westinghouse innegehabt hatte, auch zur gemeinsamen Fabrikationsgesellschaft gemacht; beide Firmen gaben gleichzeitig ihre Funkgerätfabrikation auf. Ueber 51 Proz. des Aktienkapitals der Radio Corporation wird von den beiden großen Konzernen beherrscht.

Spekulationsprofite!

Die Terrain-Gesellschaft am Teltow-Kanal Rudow-Johannisthal A. G. beschwert sich in einer Zuschrift an uns, daß unsere in Nr. 230 gegebene Bilanzkritik die Lage der Gesellschaft zu rosig dargestellt habe. Zwar werden unsere Berechnungen in keinem Punkte beanstandet. Aber die Gewinne seien „rein rechnerisch“, nicht effektiv, nämlich nur eine Folge der scharfen Kapitalzusammenlegung nach der Inflation, die im Verhältnis 50 : 3 erfolgt sei.

Die Zuschrift verkennt aber, daß von 1913 bis 1924 der Grundstücksbesitz sich von 3,94 auf 1,25 Millionen Quadratmeter, also auf weniger als ein Drittel verringerte. Wenn also bei der Goldmarkumstellung eine Unterkapitalisierung stattfand, dann nur im Verhältnis 16 : 3, nicht aber im Verhältnis 50 : 3.

Run hätten wir allerdings gerne gewußt, weshalb die Gesellschaft damals ihr Kapital so scharf zusammenlegte. Vielleicht war die Bewertung 1924 richtig. Ist aber seit 1924 die von uns berechnete Wertsteigerung etwa nicht eingetreten? (Dah eine Wertsteigerung durch die Neuauflistung des Bebauungsplans eingetreten ist, hat die Gesellschaft durch die Geländebereitstellung an die Stadt ja selbst bestätigt!) Selbst wenn die Unterbewertung des Bodenwertes und die Herabsetzung des Kapitals sich zur Zeit (die Bodenwertsteigerung wird sich fortsetzen!) nur ausgleichen, dann ist der Hinweis erlaubt, daß die Gesellschaft ihr Vermögen unverändert über die Inflation gebracht hätte im Gegensatz zu allen Besitzern von Forde-

rungen, im Gegensatz auch zu Besitzern von bebauten Grundstücken, die nachträglich ihre Inflationssteuer in Form der Hauszinssteuer wenigstens teilweise zu entrichten haben.

Schlechtes Jahr für wen?

6% Rhein Stahl-Dividende. — Belegschaftsabbau um 35%

Das Ende März abgeschlossene Geschäftsjahr 1930/31 der Rheinischen Stahlwerke A. G., Essen, wird im Geschäftsbericht als das schlechteste seit Bestehen des Kohlen-Syndikats bezeichnet. In der Tat ist der Gesamtumsatz von 103,2 Millionen Mark im Jahre 1929/30 auf 74,74 Millionen Mark in dem abgelaufenen Jahr, also um 27,5 Proz. zurückgegangen; mengenmäßig war der Rückgang allerdings wegen der Preissteigerung nicht so stark. Die Abgabe von Kokseregas und elektrischer Energie erhöhte sich sogar etwas.

Der Rohgewinn ist weniger stark als der Umsatz, von 20,15 auf 15,09 Millionen Mark, also um noch nicht 25 Proz., gesunken. Allerdings ist nach dem Bericht der Gewinn aus den Kohlenbetrieben stärker zurückgegangen, so daß die Einnahmen aus den Beteiligungen sich auf der alten Höhe gehalten haben müssen. Der Reingewinn ist infolge niedrigerer Abschreibungen um 20 Proz. gesunken, von 12,55 auf 10,07 Millionen Mark; dementsprechend wird eine Dividende von 6 (nach 7,5) Prozent auf das Kapital von 142,95 Millionen (daneben bestehen Vorratsaktien in Höhe von 7,05 Millionen) verteilt.

Für die Aktionäre ist das Ergebnis also durchaus nicht so schlecht; die Herren Aufsichtsräte haben im Vorjahr freiwillig auf einen Teil ihrer Bezüge verzichtet, bekommen aber durchschnittlich jeder 10 000 Mark — für schlechte Zeiten genug — für eine Nebenbeschäftigung! Aber bei der Belegschaft sieht die Sache anders aus — ihre Zahl wurde stärker vermindert als der Reingewinn, Rohgewinn und Umsatz, nämlich um volle 35 Proz. Das ist der beste Beweis, wie stark Rationalisierung und Mechanisierung fortgeführt wurden; der Wert der Kohlengruben erscheint daher auch von 106,2 auf 111,2 erhöht. Damit nicht genug, die in Arbeit gebliebenen Arbeiter mußten durch die eingelegten Feierschichten eine Kürzung ihres Lohnes um 13 Proz. (außer der 6prozentigen ab 1. Januar) sich gefallen lassen. Fürwahr ein miserables Jahr für die Arbeiterschaft!

Schon die Verbesserung der Anlagen zeigte, daß die Rheinischen Stahlwerke trotz der Krise über beträchtliche Kapitalsummen verfügen. Man konnte den Besitz an eigenen Aktien, an Aktien der Vereinigten Stahlwerke und der I. G. Farben so vergrößern, daß das Konto Beteiligungen von 105,6 auf 120,6 Millionen sich erhöhte. Das bedeutendste mitteldeutsche Kohlenunternehmen, die A. Riebeck'schen Montanwerke A. G., ist jetzt mit fast dem dem ganzen Kapital im Besitz von Rheinisch. Die I. G. Farben hat ihren Besitz an Rheinisch-Aktien weiter vergrößert, so daß sie jetzt über mehr als die Hälfte des Kapitals verfügt. Sie hat dadurch den Vorteil, ihren ganzen Kohlenbedarf als Werksbedarf zu verbrauchen zu können; darauf ist nämlich nur der ermäßigte Umlagefuß des Kohlen-Syndikats zu zahlen.

Die politisierte Diskontfrage.

Schwache Reichsbankbelastung zum Maiende.

Die Reichsbank wurde zum Maiende recht wenig in Anspruch genommen: die Wechselbestände stiegen um 361 auf 1791,4, die Lombarddarlehen um 100 auf 167,2 Millionen, Reichsschatkwechsel werden rund 25 Millionen neu ausgewiesen. Der Geldmarkt blieb flüssig, was sich auch aus der geringen Abnahme der fremden Gelder auf Girokonto um 21 auf 353,3 Millionen ergibt. Der Notenumlauf stieg um 548 auf 4299,1, der Umlauf an Rentenbankscheinen um 30 auf 422,7 Millionen. Das Deckungsverhältnis wurde weiter verbessert. Die Deckungseisen nahmen zwar um 10,4 auf 186,2 Millionen ab, dafür stiegen die Goldbestände um 10,9 auf 20 390,3 Millionen. Durch Gold und Devisen waren die umlaufenden Noten Ende Mai mit 59,9 gegen 68,4 Proz. gedeckt, so daß die gesetzlich vorgeschriebene Deckung um 50 Proz. überschritten blieb.

Eine Diskontsenkung ist immer noch nicht eingetreten. Gewiß hat die Reichsbank den Druck auf die Reichsmark, der durch die ausländischen Kreditbindungen in Zusammenhang mit den Vorgängen in Wien und Prag und vielleicht auch durch politische Finanzmanöver von Paris aus vorübergehend eingetreten ist, zu berücksichtigen. Man gewinnt aber je länger, desto mehr den Eindruck, daß auch ohne politische Momente in der Diskontpolitik der Reichsbank eine wachsende Rolle spielen, und zwar derart, daß die volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten stärker vernachlässigt werden, als es die Situation auf dem Geld- und Devisenmarkt rechtfertigt. Auch die außenpolitische Entwicklung kam dadurch nicht gefördert werden.

Schwarzer Tag in New York.

In der New-Yorker Börse erfolgte am Montag ein neuer schwarzer Kurssturz. Bei den Industriaktien sind die niedrigsten Durchschnittskurse seit 1925 erreicht worden. Der seit etwa vier Wochen beobachtete Kursrückgang auf allen internationalen Börsen, der ein deutliches Zeichen dafür ist, daß die wirtschaftliche Depression in der Welt immer noch nicht überwunden ist, vielleicht sogar ihren Tiefstand noch nicht erreicht hat, dürfte durch die New-Yorker Vorgänge eine weitere Verstärkung erfahren. Dabei ist bemerkenswert, daß auch die festverzinslichen Anleihen, die in Krisenzeiten eine Tendenz zur Kurssteigerung haben, von dieser internationalen Börsenbauliste stark in Mitleidenschaft gezogen sind. Das gilt auch für die deutschen Dollaranleihen, deren Kurse in New York in den letzten vier Wochen ständig stark sanken.

„Keine Feiertage ohne Leyer.“ — 6 Proz. Dividende. Der Abschluß der Hermann Meyer u. Co. A. G., Berlin, rechtfertigt die Meinung, daß in heutigen Krisenzeiten doch auch einige Feiern ohne „Meyer“ begangen werden. Im Geschäftsjahr 1930 betrug der Bruttogewinn nur 1,54 Millionen gegen 1,68 Millionen im Jahre 1929. Da die Unkosten sich noch erhöhten, ging der Reingewinn von 0,39 auf 0,20 Millionen zurück, aus dem diesmal nur 6 Proz. gegen 12 Proz. Dividende im Vorjahr (auf 2,8 Millionen) gezahlt werden. Kassenbestände und Bankguthaben blieben aber mit 0,50 nach 0,88 Millionen immer noch recht ansehnlich. Der Absatz von Spirituosen, Wein und besonders von Mineralwasser ist zurückgegangen, der von Frucht- und Gemüsekonserven und Lebensmitteln konnte gesteigert werden.

Qualität: DUNLOP

Gerhart Herrm. Mostar: Die Silvesterkröte

Die Geschichte mit der Kröte begann für uns in der Silvesternacht, als wir gleich nach zwölf Uhr von draußen, wo wir den Kiefern ein frohes Neujahr zugeläutet hatten, wieder hineinstürmten ins Haus, saß sie in der Feststube an der Schwelle. An der Schwelle der Stube und an der Schwelle des Jahres zugleich, als sein erster, jäher, sonderbarer und höchlicher Eindruck eine Kröte... nun, mit dem Tier, das aus der winterlichen Erde, aus dem winterlichen Schlummer gekommen sein mußte, stieg in uns allen der Aberglaube herauf; der schläft ja nicht mal so fest im Winter dieser sachlichen Zeit wie so ein Reptil; er gemann in jedem von uns eine andere Gestalt, aber wir stritten bald darüber, ob eine Kröte zu Neujahr Glück bringe oder Unglück. Natürlich lächelten wir, fanden auch nach vielem Rat eine glaubhafte Erklärung für die plötzliche Erscheinung: es waren vor einer halben Stunde Kohlen aus dem Keller geholt worden, in diesem Keller hatte sie wohl den Winter verbringen wollen und war versehentlich mit hinausgenommen worden in die festliche Menschewärme und darob erwacht. Ein Kusse küßte sie, das bringe Glück, behauptete er — und trug sie dann wieder in den Keller hinunter, während wir anderen noch schwankten, ob wir nicht vorsichtshalber den Kuss nachahmen sollten oder nicht; das heißt offiziell schwankte natürlich keiner, es wäre zu lächerlich gewesen, und nur die Furcht vor der Lächerlichkeit läßt uns ja sicher erscheinen beim Hingehen oder Hingewehrwenden über die allzu kühn gewölbte Brücke dieses Säkulums... Wir einigten uns vielmehr darauf, daß die Kröte erstens nichts zu bedeuten habe und zweitens dem Aberglauben nach Glück bringe, und dann redeten wir nicht mehr davon; ich weiß aber aus manchem Geständnis, daß seither jeder von uns bei einem unerwarteten Zufall des Pechs oder Glücks automatisch an die Silvesterkröte denkt.

Indessen war unser Eingriff in das Krötenleben größer gewesen als der ihre in das unsre. Der zufällige Schub der Schaufel hatte sie aus der Kühle in die Wärme und also aus dem Schlaf in das Wachen gebracht; aber der Rücktransport in den Keller brachte ihr nicht den neuen Schlaf. Der seltsame Zustand, den die Natur als einzige Waffe gegen den nahrunglosen Winter ihr ermöglicht hatte, war unterbrochen worden; die im Herbst ausgeparten Kräfte reichten nicht aus für einen neuen Beginn. So mußte sie versuchen, zu wachen, wachend zu warten auf die Wärme des neuen Frühlings — versuchen also, Nahrung zu finden. Ihre schönen, tiefbraunen Augen mit dem goldenen Ring, in denen alle Schönheit dieses scheußlich behauteten, schwerfälligen Schleimkörpers gesammelt schien, suchten sich durch das Halbdunkel des Kellers; mit leisem Schlurfen zogen sich die halberstarren, plumpen Beine über die feuchtkalten Steine; und dem vielfältigen Insektenleben da unten erwachte ein furchtbarer Feind.

Damals, im Herbst, als die erste Frostnacht den Saft in den weißfleischigen Leibern der Käfer und Spinnen hatte erstarren lassen, gleichsam ein probender Griff aus der Faust des Todes; damals hatte die große Flucht der Insekten begonnen, die Flucht ums Leben. Der Herbst war nichts als ein einziger Kampf, ein einziges verzweifeltes Suchen nach Orten der Wärme und der Stille; zwischen Rinde und Holz hatten diese sich geborgen, zwischen Feldstein und Erde jene; und ein ganzes Volk winzigen, hilflosen Lebens hatte sich in unseren Keller gestürzt, der ja mitten im Walde lag, wie wartend auf solchen Besuch. Zu den Rüden, die bloß und schmal im zerprungenen Fuß der Decke hingen, zu den Ohrwürmern, die in den Mauerritzen schliefen, hatten sich unzählige kleine Spinnen gefüllt; die waren mit dem Brennholz gekommen, das ich im November aus dem Freien hinstürzte; und zuletzt war auch noch die Kröte vom Fensterhins auf den Böden geklumpt und hatte sich zwischen den Kohlen verkrochen. Und nun schliefen sie alle; ganz, ganz langsam nur zogen die Säfte durch die starren Körper, in einem ersten und feierlichen Rhythmus atmeten die Weiber, ganz, ganz langsam nur nahm der Vorrat an Fett ab, der im Sommer gesammelt worden war. Es war der Frieden im Keller, der zwischen Schlaf und Tod ist; aber der kalte Tod ging draußen vorbei und erreichte sie nicht.

Im Anfang hatte es für die Spinnen wohl einen anderen Tod gegeben; den hatte ich gebracht. Tag um Tag holte ich Holzstücke

herauf und legte sie in den Ofen. Zwischen Rinde und Holz saß oft eine Spinne, und ich mußte es nicht. Einmal, als ich das Feuer anblies, sah ich es zufällig. Während die umliegenden Rindenplatten schon brannten, stürzte plötzlich ein kleines graues Etwas, gemacht von der Wärme, getrieben nun schon von der Hitze, aus der Rinde hervor; es lief in wahnfinniger Hast das Scheit entlang, wie einer spitzen Flamme aus, auf die nächste, breite zu... noch ehe die Flamme selbst es erreicht hatte, glühte die Hitze der Luft die dünnen jagenden Beinchen ab, der beinlose Körper rollte, eine sinnlose Kugel, die Rundung des Holzes ab und verging in der Luft... Von jenem Tage an hatte ich mir die Mühe genommen, die Rinde jedesmal zu lösen und im Keller liegen zu lassen. Die Spinnen wachten nicht auf dabei. Seither war Frieden gewesen um das stumme Leben im Keller.

Nun aber war die Kröte erwacht. Sie mußte leben, mußte Nahrung haben. Sie fand zuerst die Spinnen in der Rinde, die auf dem Erdboden lag. In ihrem Maul erwachten die Spinnen, halb zerdrückt schon, für eine kurze, entsehlige Sekunde. Es konnte keine entrinnen, denn im Schlaf überfiel sie der Tod. Auch die Ohrwürmer, die den schweren Füßen, dem breiten Maul erreichbar waren, selbst die Rüden, Fliegen, Feldkäfer — nicht für sie ging draußen die Zeit mit schleppendem Schritt von Frost zu Schnee und von Schnee zu Morast. Nur die Kröte kämpfte verzweifelt mit der unverständlich sinnlosen Gewalt, die den Rhythmus ihres langsamen Lebens zerstört und ihr die Eile der Todesangst aufgezungen hatte. An den Tagen verbarg sie sich, so daß ich sie nie bemerkte; die Nächte wurden kürzer, farger die Beute, faltiger das Häutchen zwischen Breitmaul und Flachbauch, mühsamer das Geschleif der Füße über den Stein.

Dann kamen Nächte, die waren so warm und voll eines bekannten und lockenden Geruchs — die Kröte suchte das Freie. Sie fand es nicht. Aber das Suchen machte sie so schlaf, daß sie eines Nachts kein Versteck mehr erreichte. So entdeckte ich sie auf der Treppe nach oben.

Ich nahm sie in die Hand, hauchte sie an: sie lebte. Ich begriff noch nicht, was jener Schub mit der Schaufel, was jene Silvesternacht ihr angetan hatte, ihr und all dem Leben da unten im Keller. Ich sah nur, daß ihr häßlicher Leib trocken und faltig war wie der eines alten Mannes, und mir schien, als fühle sie sich merkwürdig heiß an; aber das war sicher eine Täuschung. Die Augen waren trübe, der goldene Rand blind, ohne Glanz. Sie wollte aus meiner Hand fliehen, aber die Füße führten den Befehl ihres Hirns kaum aus.

Draußen war ein blauer Himmel, noch mit Einschränkung blau, verdächtig feucht wie eine eben getrichene Wand, aber es schien doch eine schon warme Sonne. In der Nacht zuvor waren mit gespanntem Getöse die ersten Wildgänse über unser Haus nach Norden gezogen, und der erste Zitronenfalter war am Morgen um das Fenster geflattert. Es machte also sein, daß die Kröte schon leben konnte im noch halbwinterlichen Draußen: ich trug sie hinaus und setzte sie in die Sonne.

Sie hatte lange da. Ihr Atem schien manchmal lange ganz auszubleiben, um sich dann in mehreren heftigen Stößen zu erschöpfen. Die traurigen Märchenaugen hatten einen verwunschenen Blick. Ihr gleichmäßiges Dahocken dauerte mir zu lange, und ich ging weg.

Als ich wiederkam, nach zwei Stunden, hatte sie nur einen halben Meter zurückgelegt, in den Schatten hinein. Da lag sie, sie sah nicht mehr — die Beine waren unter dem Leib nach außen weggerutscht, der Kopf lag auf den Steinen, sie war tot. Ganz kurz vor dem ersten Schluck aus dem wieder bereiteten Tranke der Wärme und des Lichts war sie zusammengebrochen; gerade zu diesem ersten Schluck hatte ihre arme Kraft nicht mehr gereicht.

Die Geschichte hat für die Kröte selbst ihr Ende schon gefunden. Die Silvestergäste werden noch bis zum nächsten Neujahr an sie denken, wenn sie dem Glück ins Gesicht sehen oder dem Unglück. Der erste, verträute Goldschmied hastet über den Weg, an der toten Kröte vorbei; das Gleichmaß des Werdens wird das winzige Loch vergessen machen, das menschliche Empfindsamkeit in die dünne Decke des Lebens gerissen hat.

„Was 's denn los?“ fragte meine Mutter.
„Was los is? Berrückt ist der Kerl. Keine verrückt. Denken Sie mal an. Ich wollte doch meinem Mann das Schnapsstrinken abgewöhnen, un da hab' ich wochenlang schon jeden Abend einen Schluck aus der Pulle genommen un Wasser zugegeben, nich. Er hat auch nichts gemerkt. Die ganzen Wochen nich. Ich hab' so immer jede Woche zwanzig Pfennig gepart. Ich hab' nämlich den Schnaps, den ich rausnahm, verwahrt, un wenn ich genug hatte, hab' ich keinen gekauf und ihm die Resten gegeben. Wenn man gut zukort, macht das den Schnaps gar nichts. Und es is ja auch nicht wegen die zwanzig Pfennige. Gott, er verdient's ja. Und er hat auch nie was gemerkt, aber gerade heute muß er's merken. „Das soll Schnaps sein“, knurr er mich an, gleich als er den ersten Schluck getan hatte. „Wasser is das. Reines Wasser.“ Und meinen Sie, ich hätte ihn beruhigen können. Und dabei hab' ich nur so'n ganz kleinen Schluck rausgenommen. Bissenje, so'n ganz kleinen Schluck. Rich der Rede wert.“

Frau Stepple setzte ihre Vitane fort: „Und was das Schlammiste ist“, sagte sie, „er will hingehen zu dem Wirt und sich beschweren. Er hat ihn schon lange im Verdacht, daß er den Schnaps taust, ehe er ihn verkauft, sagt er. Wenn ich ihn davon nicht abbringe, soll' ich nochmal rein. Dann gibt's erst richtigen Krach. Bis jetzt hab' ich nämlich alles abgestritten.“

Ich hatte Mühe, daß ich nicht lospligte, und ich verdrückte mich. „Ich geh' noch'n bißchen auf die Straße“, sagte ich.

„Aber bleib' noch so lange“, rief die Mutter mir nach.
„Bin gleich wieder da“, rief ich zurück und rutschte schon am Treppengeländer herunter.

Frau Stepple kam in Zukunft nicht mehr so oft zu uns herüber. Sie hatte viel Kerger mit ihrem Mann, der, wenn er nach Hause kam, sein Essen verlangte. Mit Schnaps war er nicht mehr zu befähigen, er trank das Wasser jetzt direkt aus der Leitung. Da hatte er es wenigstens frisch. Und das bekam ihm ganz gut.

Die Strahlen, die Piccard gemessen hat

Wie der glückliche Stratosphärenbejucher Prof. Piccard selbst erklärt hat, bestand die Hauptaufgabe, die er bei seinem kühnen Flug zu lösen unternahm, in der Messung der kosmischen Strahlung, und es ist ihm geglückt, diese Strahlen in einer Höhe von 16 000 Metern nachzuweisen. Bisher war dies nur bis zu einer Höhe von 9000 Metern erreicht worden. Was sind das nun für merkwürdige Strahlen, deren Messung in solcher Höhe für die Wissenschaft von so großer Bedeutung ist? Der Entdecker dieser kosmischen Ultrastrahlung, Prof. Victor S. Hess, hat sich gerade: jetzt in einem Aufsatz der Frankfurter Wochenschrift „Die Umschau“ über ihre Erforschung des näheren ausgesprochen. Die Erscheinung, die man zunächst bald Heß'sche Strahlung oder Höhenstrahlung, Weltraumstrahlung, Ultraamstrahlung nannte und für die jetzt die Bezeichnung „Kosmische Strahlung“ allgemein eingeführt ist, wurde 1911 vom Heß als eine Strahlung nachgewiesen, die viel durchdringender ist als die bekannten Gamma-Strahlen der radioaktiven Stoffe; er fand, daß diese neue Strahlung Tag und Nacht gleich wirksam ist, daß sie also in der Hauptfrage nicht von der Sonne herkommen könne. Die weiteren Forschungen haben diese Annahme bestätigt und, wenn auch vieles noch ungeklärt ist, die hohe wissenschaftliche Bedeutung der Strahlen erwiesen. Sie besitzen auch praktischen Wert, denn durch ihre Wirkung kommt auch bei Nacht in Höhen von 80 bis 300 Kilometern eine gut leitende Schicht in der Atmosphäre zustande, die es ermöglicht, unsere Rundfunknachrichten rund um den Erdball zu senden. Die Intensität der Strahlung ist außerordentlich gering, und so bedarf es einer äußerst verfeinerten elektrometrischen Rechenheit, um sie im Weltraum nachzuweisen. Dagegen ist ihr Durchdringungsvermögen ungeheuer groß, so daß es kaum einen wirksamen Schutz gegen die Strahlung gibt. Man hat sie im Bodensee noch in 200 Meter Tiefe deutlich nachweisen können und zur vollständigen Absorption dieser äußerst harten Strahlen sind Schichtdicken von 20 bis 30 Meter Blei oder 300 Meter Wasser notwendig. Ueber den Ursprung der Strahlung läßt sich vorläufig nur sagen, daß sie wohl hauptsächlich von den Sternen kommen; Heß konnte nachweisen, daß ein kleiner Prozentsatz etwa einhalb Prozent, von der Sonne stammt. Daraus kann man schließen, daß alle Fixsterne diese Strahlung abgeben, am meisten aber wohl die jüngeren Riesensterne. Die Herkunft von den Sternen läßt sich deswegen annehmen, weil eine regelmäßige periodische Änderung ihrer Stärke je nach der Stellung des Fixsternhimmels zu erfolgen scheint. Ueber die vielen noch ungeklärten Fragen, die diese neue Strahlung aufgibt, dürften wir durch die Forschungen Piccards einigen weiteren Aufschluß erhalten.

Blutregen

Der Volksmund weiß von einer fessamen Naturerscheinung zu berichten, die unter der Bezeichnung „Blutregen“ bekannt ist. Es soll zu manchen Zeiten vorkommen, daß es Blut vom Himmel regnet, das den Häusern, Straßen usw. eine eigentümliche rote Färbung gibt. Die wissenschaftliche Forschung hat allerdings von diesem interessanten Naturereignis eine andere Auffassung. Es ist nämlich bei bestimmten Wetterlagen möglich, daß Sand- und Staubbmassen vom Sturme erfasst, emporgehoben und fortgetragen werden. Der Sturm rast mit diesem Staub über die Erde, und erst in einem Abstände von Tausenden von Kilometern sinken die Massen wieder zu Boden. Dieser Niederfall erzeugt bei den Beobachtern natürlich nicht geringes Erstaunen, besonders, wenn der herunterkommende Sand und Staub eine auffallende Färbung hat. Häufiger aber werden die Staubiischen durch Regen oder Schnee aus der Luft herausgewaschen. Im Hinblick auf die rötliche Färbung eines solchen Regens spricht man dann von „Blutregen“.

Vor wenigen Jahren ereignete sich dieses nicht alltägliche Naturereignis in der italienischen Stadt Bordighera an der Mittelmeerküste, nahe der französischen Grenze. Dort ist in großen Mengen ein roter Regen gefallen. Das Strahlenpilaster, die Gärten und Hecker, die Hausdächer, alles überzog sich mit einem rotbraunen Niederfall, der nach dem Trocknen lachsfarbig aussah. Der Blutregen dauerte mehrere Stunden und war von einem Strome heißer und feuchter Luft vom Osten begleitet. G. H. Bryan hat diesen Staub mikroskopisch untersucht. Nach seiner Veröffentlichung in der englischen Zeitschrift „Nature“ handelt es sich bei diesem merkwürdigen „Regenfall“ um Wüstenstaub aus der Sahara. Ein ähnlicher Staubfall spielte sich in der Zeit vom 9. bis zum 12. März 1901 ab und wurde von den Meteorologen Hellmann und Reinardus sorgfältig untersucht. Damals hat der Sturm im Sudan und in der Sahara gewaltige Staubbmassen emporgewirbelt und mit einer Geschwindigkeit von 20 Metern in der Sekunde nordwärts getragen. Man schätzt, daß von diesen Staubbmassen damals 1,8 Millionen Tonnen auf Europa und etwa 150 Millionen Tonnen auf Afrika niedergegangen sind.

Das größte Amphitheater der Welt ist das ehemalige Kolosseum in Rom, das bis zu 50 000 Zuschauer faßte. Die Festerlichkeiten anlässlich seiner Einweihung dehnten sich auf 100 Tage aus. Dabei wurden 3000 wilde Tiere getötet.

Erich Grisar: Die Taufe

Eine Jugenderinnerung

Auf dem gleichen Fluß mit uns wohnten Stepples. Die Frau wog wohl zwei Zentner und kam oft zu uns, um sich eine halbe Tasse voll Zucker oder was ihr gerade fehlte, zu leihen, aber es dauerte gewöhnlich zwei Stunden, bis sie fortrante und rief: „Um Himmelswillen, mein Mann kommt gleich, und ich hab' noch kein Essen auf dem Feuer. Nicht, daß sie Angst gehabt hätte vor ihrem Mann, der, gut gerechnet, seine hundertzwanzig Pfund wiegen mochte und auf der Hütte als Walzer beschäftigt war, aber es strakte eben doch ein gewisses Pflichtbewußtsein in ihrer als solche leicht erkennbaren Brust. Und vielleicht auch ein Gedanke daran, daß ein Mann, der den ganzen Tag vor der Walze gestanden, wenn er am Abend nach Hause kommt, Hunger hat. Uebrigens war Herr Stepple kein übler Mann; er war gewohnt, daß seine Frau das Essen auf den Ofen schob, wenn er kam, und da er müde war, wenn er kam, sagte er nur: „Reich mir die Pulle, Rutter, einen Deed hab' ich im Halbe, muß ich mal wegzupülen.“ Dann reichte Mutter Stepple ihrem Mann die Bierstillerflasche mit dem Münsterländer Korn. Das war das einzige, was Stepple vom Leben hatte. Jeden Abend einen Bierstiller Korn. Und wenn er sich auch über nichts aufzuregen vermochte, wenn er nach Hause kam und seinen Korn nicht vorfand, regte er sich auf. „Was hab' ich denn vom Leben“, versuchte er zu brüllen, „nicht mal ein'n Schnaps gönnte mir.“ Und Essen ist auch nicht fertig.“

So kam es, daß Frau Stepple in erster Linie immer dafür sorgte, daß ihr Anton abends seinen Schnaps hatte.

Eines Tages nun, ich mochte damals neun oder zehn Jahre alt gewesen sein, kam Frau Stepple kurz vor sieben ganz aufgeregt zu uns. „Haben Sie Ihren Jungen da?“ fragte sie meine Mutter. „Ja, was soll er denn?“ „Ach, ich habe ganz vergessen, hab' keinen Schnaps im Hause, wenn mein Mann kommt. Und ich kann auch nicht weg.“

„Na ja, denn kann er ja gehen.“ „Aber daß du mir nicht den halben Schnaps ausfüllst“, mahnte sie mich noch. Das wollte ich ihr gerne versprechen, denn den halben würde ich bestimmt nicht trinken, obwohl ich schon lange mal darauf brannte, zu probieren, wie Schnaps schmeckt.

Ich bekam zwanzig Pfennige und zollte los. Gleich an der Ecke war die Kneipe, zu der man mich geschickt. Der dicke Wirt zog das Schalterfenster hoch: „Na, Kleener, was willst denn?“ „Für zwanzig Pfennig Münsterländer Korn.“

Ich hatte die Marke gut behalten.

Der Wirt pumpte den Schnaps in die Flasche. Die Flasche war noch nicht ganz voll, da begann er zu fluchen. „Winna“, rief er, „Winna.“ Ein verschlammtes Mädchen kam aus der Küche. „s is denn“, rief sie.

„Geh' mal in'n Keller. Sieh mal nach, was los is. Der Schnaps läuft nich.“

Winna schlurfte davon. Nach einer Weile begann der Wirt wieder zu pumpen, aber es lief immer noch nicht. „Muß ich runter, neues Fass anstecken“, brummte er und blickte zu mir herüber. Er mußte wohl glauben, daß ich nicht hinsehe oder was sonst war, jedenfalls ging er mit der Flasche zum Wassertrank und ließ sie voll laufen.

„Da haste dein'n Schnaps“, reichte er mir dann die Flasche rüber. „Und lauf'n unterwegs nicht aus.“ Dann ließ er die Schalterklappe fallen.

Ehe ich jedoch die Kneipe verließ, löste ich den Korben und noch einmal an der Flasche. Das roch gut, und ehe ich noch richtig überlegte, was ich tat, hatte ich die Flasche am Hals. Ein kurzer Schluck, dann spuckte ich schon aus. Donnerwetter, das brannte. Ich schüttelte mich, aber wie ich den Korben wieder aufsetzte, sah ich, daß ich ein ziemliches Stück getrunken haben mußte, jedenfalls mehr, als daß ich mich mit „knapp gemessen“ hätte herausreden können. Nun war Holland in Rot. Abliefern konnte ich den Schnaps so nicht. Aber ich hatte nicht umsonst gesehen, daß der Wirt den Korn mit Wasser gekaut, und so tat ich dann desgleichen. Wenn Frau Stepple was merken sollte, konnte ich ja immer noch erzählen, was ich gesehen. Mich würde man bei der Sache schon übergehen.

Ich brachte den Schnaps nach Hause. Frau Stepple stellte ihn in den Küchenschrank, wo er jeden Abend stand, und gab mir zwei Pfennige. Zwei Pfennige waren damals üblich für eine Beforgung.

Ich ging dann wieder an meine Schularbeiten, aber ich merkte bald, daß es mit mir nicht so war wie sonst. Plötzlich packte ich den Kram zusammen und dachte mir, die kannst du morgen früh auch noch machen, da hörte ich, wie Frau Stepple in die Küche stürzte. Mir wurde plötzlich übel, aber ich mußte nicht, kam das von dem Schnaps, den ich getrunken, oder hatte das plötzliche Erscheinen der Frau Stepple mich trank gemacht. Aber sie kümmerte sich gar nicht um mich.

„So'n verrückter Kerl“, schimpfte sie.

Der Kampf um die Fraktionspolitik. Grundfällige Aussprache auf dem Parteitag.

Celzig, 2. Juni. (Eigenbericht.)

Am Beginn der Nachmittagsitzung des Parteitages stellte Hammer-Ludwigshafen als Vorsitzender für die Bezirksorganisation Pfalz zunächst fest, daß der frühere Reichstagsabgeordnete Jakobshagen, der nach einer Mitteilung des Ludwigshafener kommunistischen Blattes am Montag in einer kommunistischen Versammlung erklärt hat, daß er auf Grund der Haltung der Opposition auf dem Parteitag zu den Kommunisten übergegangen sei, bereits seit zwei Wochen mit einem von der SPD bezahlten Auto in der Pfalz herumgefahren ist und Organisationen bzw. Einzelmitglieder zum Abfall von der Partei zu bewegen versucht hat. Dem gegen ihn schwebenden Ausschlußverfahren ist Jakobshagen durch seinen Austritt nur zuvorgekommen. Wie man die Qualitäten dieses Ueberläufers in der Pfalz eingeschätzt hat, beweist die Tatsache, daß seine Kandidatur zum Reichstag bei der letzten Wahl mit überwiegender Mehrheit abgelehnt worden ist. Zur

Debatte über die Referate Breitscheid und Sollmann wird auf Vorschlag Wels' beschlossen, nach dem üblichen Brauch abwechselnd einen Redner für und einen gegen die Fraktionspolitik zu Worte kommen zu lassen.

Zunächst spricht mit einer Redezeit von einer halben Stunde

Sendewitz-Zwidau

(von den Tribünen mit Beifall empfangen): Uebereinstimmend mit Sollmann kann ich feststellen, daß die sozialdemokratische Fraktion gegenwärtig in einer so schwierigen Lage ist, wie sie frühere Fraktionen nie zu meistern hatten. Hieraus ziehe ich die Konsequenz, daß man die Entscheidungen nicht einfach mit schwarz und weiß beurteilen kann. Die Fraktionsmehrheit hat sich soviel auf ihr Verantwortungsbewußtsein zugute getan. Unter Berufung auf die Voraussetzung guten Glaubens, die Sollmann getroffen hat, erkläre ich, daß die Minderheit genau so verantwortlich gehandelt hat wie die Mehrheit der Fraktion. (Beifall auf den Tribünen.) Gemeinsam mit Sollmann treffe ich auch die Feststellung, daß es bei der Entscheidung um den Panzerkreuzer nicht, wie er formuliert hat, um die paar Millionen ging, nicht um einzelne nebensächliche Fragen, sondern daß auch die Minderheit diese Einzelfragen im Zusammenhang mit der Gesamtpolitik der Fraktionsmehrheit beurteilt hat. Auch unsere Entscheidung ist erfolgt auf der Basis der gesamtpolitischen und gesamtökonomischen Lage.

Ich kann die wirtschaftliche Situation jetzt nicht ausführlich darstellen, aber die Vertreter der Fraktionsmehrheit haben in zahlreichen Versammlungen den Parteigenossen gesagt, in Zeiten der guten Konjunktur sei die Arbeiterklasse im Vormarsch, jetzt aber hätten wir Krise und schlechte Konjunktur, jetzt sei uns der Zwang auferlegt, abzumarten und auszuweichen, durchzuhalten, bis die wirtschaftliche Konjunktur sich wieder bessert und wir wieder zur Offensive übergehen können. Dieser Gedantengang ist logisch, aber die Genossen im Lande fragen: wann tritt der Zeitpunkt der neuen Offensive ein? Und da will ich nur den einen Satz aus Tarnows Referat zitieren: "Ich glaube, daß der Kapitalismus die Krise überwinden wird, aber ich kann nicht sagen, wie und wann." Wenn auch Sachkenner und Theoretiker so denken, muß man daraus die praktischen Schlüsse für die ganze Politik ziehen. Die bisherige Politik glaube, daß wir in naher Zukunft über die Krise hinwegkommen. Ist das aber nicht der Fall, dann muß die Verzweiflungssituation der Massen wachsen, je weiter wir den Wiederbeginn der Offensive hinausschieben.

Ins Ungevierte verlängert muß das Abwarten und Ausweichen den Clan und die Begeisterung der Massen töten. Wenn dann in unabsehbarer Zeit der Kampf erschallt, wird Jagdseligkeit und Gleichgültigkeit die Aktion hemmen.

Tarnow sagte weiter, er und wir hätten kein Generalsekret, um aus den Schwierigkeiten herauszukommen. Bei dieser Frage müssen wir aber beachten, daß unsere kapitalistischen Klassengegner für sich ein solches Rezept haben. Sie gehen zielbewußt den Weg, um für sich die Krise zu überwinden, sie wollen über die Schwierigkeiten hinwegkommen auf Kosten der Arbeiterklasse, dadurch, daß sie alle Lasten dieser Krise auf die Arbeiterklasse abwälzen. Ich bin überzeugt, daß der herrschende Monopolkapitalismus nicht daran glaubt, daß er sein Klassenziel bis zuletzt auf dem Wege der Demokratie erreichen kann und weil er mit der Möglichkeit rechnet, an der Stelle der Durchsetzung seiner Ziele zu gehen, hat er sich die faschistische Bewegung geschaffen. (Sehr richtig! bei der Mehrheit), um im gegebenen Augenblick mit brutaler Gewalt das Ziel zu verwirklichen. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Ich hoffe, daß Sie auch die Schlussfolgerungen, die ich daraus ziehen werde, ebensomöglich befreiten werden. Die Schlussfolgerung aus dieser Feststellung ist: es ist

dem Kapitalismus bei der Verfolgung seiner Klasseninteressen vorgeföhrt, sich eines Tages mit den Nationalsozialisten zu verbrüdern gegen die Arbeiterklasse.

Und in diesem Zeitpunkt wird die Arbeiterklasse in ihrem Abwehrkampf einzig und allein auf ihre eigenen Kräfte angewiesen sein. Darum sagen wir, mit der Politik des Ausweichens schwächen wir die Position der Arbeiterklasse für den Zeitpunkt, an dem sie allein auf ihre ganze Kraft angewiesen ist.

Sollmann hat gesagt, es gibt für uns Grenzen der Tolerierungspolitik. Nach unserer Meinung war diese Grenze erreicht bei der Entscheidung über den Panzerkreuzer. Wenn die Regierung in einem Punkte der Sozialdemokratie Konzessionen machen wollte, so konnte sie es in diesem Punkte. Denn als im Oktober und im Dezember über die Rotorordnungen abgestimmt war, ist uns gesagt worden, diese Rotorordnungen müssen geschluckt werden, denn darin seien die finanzpolitischen und sonstigen Maßnahmen enthalten, bei deren Ablehnung die Gehälter der Beamten und die Arbeitslosenunterstützung nicht bezahlt werden können, und dann komme die Katastrophe. Ich frage: hat die Regierung die Bewilligung des Panzerkreuzers auch gebraucht, um die Gehälter usw. auszusahlen?

Die Panzerkreuzerfrage ist nicht eine Frage der Staatsraison gewesen, sie war keine Lebensfrage für die Regierung in dieser Notzeit, und wenn die Regierung Brüning in dieser Frage uns keine Zugeständnisse machen wollte, so wird sie auch in allen anderen für die Arbeiterklasse wichtigen Fragen keine Zugeständnisse machen.

(Zuruf: Sie hat ja Zugeständnisse gemacht!). Man sagt, wenn wir den Panzerkreuzer abgelehnt hätten, wäre die Regierung Brüning zurückgetreten. In diesem Argument liegt ein Widerspruch. Auf der einen Seite erklärt man uns, diese Politik der Tolerierung habe dazu geführt, die Nationalsozialisten zu isolieren, es sei gelungen, die Regierung Brüning als Schutzwall gegen die Nationalsozialisten aufzustellen. Wenn aber die Regierung Brüning ein Schutzwall

gegen den Faschismus ist und Kampfabsichten gegen die Faschisten hat, muß sie auch ein Interesse daran haben, daß der stärkste Wall gegen den Faschismus, die Sozialdemokratie, nicht geschwächt wird; da hätte sie der Sozialdemokratie in der Panzerkreuzerfrage entgegenkommen müssen bzw. hätte die Sozialdemokratie diese Konzessionen von der Regierung Brüning fordern können. Wenn man aber sagt, hätten wir diese Konzessionen gefordert, so wäre eine Regierung mit den Nationalsozialisten gekommen, so besagt das eben, daß die Regierung Brüning kein Schutzwall gegen die Nationalsozialisten ist, wir aber können nicht Männer süßen, die morgen mit den Nationalsozialisten zusammengehen.

Ferien- und Reisezeit

Während der kann der „Vorwärts“ und der „Abend“ auf jede Dauer allerorts bezogen werden

Touristen und Wanderer

fordern das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bei den Bahnhofsbuchhandlungen, Zeitungs-Kiosken, Buchhandlungen und sonstigen Verkaufsstellen.

Sommerfrischler

lassen sich den „Vorwärts“ bei einer Aufenthaltszeit bis zu einer Woche per Kreuzhand nachsenden. Das Porto beträgt wochentags 10 Pf., Sonntags 15 Pf. (pro Woche 70 Pf.). Bei längerem Aufenthalt ist der „Vorwärts“ auf dem billigeren Wege der Postüberweisung zu beziehen, welche die Hauptexpedition vornimmt. In diesem Falle kommen zu dem Abonnementbetrage nur die Postbestellgebühren von 72 Pf. pro Kalendermonat. Wenn Nachsendung der Zeitung gewünscht wird, ist die in Frage kommende Ausgabestelle oder die Hauptexpedition des „Vorwärts“, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, möglichst eine Woche vorher zu benachrichtigen.

Laubenkolonisten

wird der „Vorwärts“ durch Boten zugestellt. Genaue Bezeichnung der Laube ist erforderlich.

Postabonnenten

müssen die Nachsendung unter Beifügung von 50 Pf. in Marken mindestens 2 Tage vor der Abreise schriftlich bei der Zustell-Postanstalt beantragen.

Vorwärts-Verlag Berlin SW 68, Lindenstraße 3 Fernsprecher Dönhoff 292-297

Ich glaube, daß die Entwicklung seit der Abstimmung über den Panzerkreuzer unserer Auffassung recht gegeben hat.

Wir haben in der Steuerfrage keinerlei Entgegenkommen erreicht, wir haben dem Etat zugestimmt, aber acht Wochen später stehen wir vor einem neuen Defizit von 1 1/2 Milliarden. Wie wird Brüning dieses neue Defizit decken? Sollmann hat gemeint, wir könnten zu den neuen Rotorordnungen nicht Stellung nehmen, ehe wir nicht den Wortlaut haben. Aber in zwei bis drei Tagen werden sie endgültig fertig sein, noch ehe der Kanzler nach England fährt. Und da solle man zwei Tage vor dem endgültigen Abschluß der stärksten Partei des Reichstages nicht lagen können, was in den Rotorordnungen steht? Die Sozialdemokratie hätte die Pflicht gehabt, zu fordern, daß dieser Parteitag die Möglichkeit zur Stellungnahme hat. In der letzten Fraktionsitzung haben wir eine Entschließung angenommen, die ein großer Teil der Fraktion scharfer formuliert wissen wollte. Da hat uns Breitscheid erklärt, wir dürften dem Parteitag nicht vorgreifen. Jetzt erzählt man dem Parteitag, er dürfe keine Entscheidung treffen, das werde hinterher die Fraktion tun (Unruhe).

Wir wissen von den Rotorordnungen genug, um ohne den Wortlaut entscheiden zu können. Wir wissen, daß die Leistungen der Arbeitslosenversicherung erheblich herabgesetzt und die Leistungen an die Wohlfahrtsverbände stark gekürzt werden. Da hat der Parteitag die Pflicht, zu sagen, daß mit der weiteren Verschlechterung der Sozialversicherung die Grenze der Tolerierungspolitik erreicht ist.

(Beifall, besonders auf den Tribünen.) Das Ziel der Politik der Fraktionsmehrheit ist in den letzten Monaten gemessen, die Nationalsozialisten von der Regierung fernzuhalten und zurückzudrängen. Für dieses Ziel haben wir alle Opfer gebracht, aber die letzten Wochen haben uns beläugelt, daß es nicht gelungen ist, die Nationalsozialisten zurückzudrängen und die Gefahr ihres Eintritts in die Regierung ist größer als jemals. Sollmann hat wieder einmal gefragt, welchen Weg wir denn der Arbeiterklasse weisen wollen, wenn wir den Sturz Brünings herbeiföhrt haben. Ich möchte eine Gegenfrage stellen (Heiterkeit): Sollmann hat zugegeben, daß die bürgerlichen Parteien uns in eine andere tatsächliche Situation hineinzuwringen können. Welchen Weg wollen Sie denn dann gehen? Dann seid Ihr gezwungen, denselben Weg zu gehen, den wir freiwillig einschlagen wollen. Oder glaubt Ihr, dann wäre der Himmel eingefallen und die Arbeiterbewegung nicht mehr? Die Sozialdemokratische Partei muß damit rechnen, daß sie von der Regierung Brüning in die Opposition gezwungen wird. Dann muß sie den Weg gehen, den wir für richtig halten. Wir fürchten, die Arbeiterschaft wäre sonst nicht mehr kampffähig (lebhafter Widerspruch). Ja, warum denn dann diese Anale vor den Nationalsozialisten? (Beifall auf den Tribünen!)

Der Sturz unserer Abstimmung im Reichstag war, die Grenze der Tolerierung zu zeigen. Wir treten nicht reumütig vor den Parteitag; wir sind von der Richtigkeit unserer Auffassung überzeugt.

(Beifall.) Ob uns die Mehrheit moraal niederstimmt, die Entwicklung wird schon in den nächsten Wochen die Gesamtpartei auf den Weg zwingen, den wir gehen wollten. Nicht Leichtfertigkeit und Verantwortunglosigkeit hat unser Handeln bestimmt, sondern die Sorge um die Partei und um die Arbeiterbewegung, die Sorge um die Einheit der Partei! (Widerspruch und Unruhe, stürmischer Beifall, besonders auf den Tribünen).

Toni Sender: Sendewitz hat gesagt, es sei uns nicht gelungen, den Faschismus zurückzudrängen. Die ungeheure Demonstration am Sonntag hat bewiesen, daß die deutsche Arbeiterklasse nicht gewillt ist, freiwillig dem Faschismus das Feld zu räumen. Trotz der Tolerierungspolitik sind wir seit dem 14. September erstarkt. Es war gewiß eine der schwersten Entscheidungen im Leben der Partei, eine Regierung zu tolerieren, die wir aus scharfste bekämpft hatten und weiter bekämpfen müssen. Aber andernfalls hätten wir dem Kapitalismus neue Waffen in die Hand gegeben. (Sehr wahr.)

Eine andere Haltung nach dem 14. September hätte alsbald die faschistische Diktatur bedeutet, die Vernichtung der Freiheit, die Vernichtung aller kulturellen Werte der Menschheit, ein Dasein bei jeder Menschenwürde, den Tod jedes freien Lebens und Denkens.

Der Sinn der Erhaltung der Demokratie ist auch die Erhaltung der sozialen Errungenschaften. (Sehr richtig!) Wenn es uns nicht gelungen ist, alles, was wir geschaffen haben, zu erhalten, so soll

man aber auch nicht das von unseren Genossen Erklämpfte gering schätzen. Es scheint, daß die verantwortlichen Stellen der deutschen Republik noch immer nicht begriffen haben, zu welchen Gefahren es führen kann, wenn Millionen immer nur ein Leben der Not und der Hoffnungslosigkeit führen müssen. Es ist eine Herausforderung der Arbeitslosen, wenn die sozialen Einrichtungen gerade in der Notzeit abgebaut werden, wo sie doch gerade für diese Notzeit geschaffen worden sind! (Sehr richtig!) Wir kennen den Wortlaut der neuen Rotorverordnung noch nicht, wohl aber die Tendenz und die wesentlichen Bestandteile dieser Rotorverordnung. Und darum müssen wir auf dem Parteitag zu den Absichten der Regierung Stellung nehmen.

Der Parteitag muß dieser Regierung ein Halt entgegenrufen. Sie darf diese reaktionären Maßnahmen nicht durchführen.

sofern sie Wert darauf legt, daß Deutschland nicht in ein Chaos gerät. Die neue Rotorverordnung erreicht in ihren wesentlichen Teilen die Grenze des für die Sozialdemokratie Ertragsbaren. (Stürmischer Beifall.)

Dr. Kurt Rosenfeld-Berlin: Wir sind alle einig in der Ueberzeugung, daß es gilt, den Faschismus zu besiegen und die Demokratie zu behaupten. Aber über den richtigen Weg gehen die Meinungen auseinander. Sollmann sagte, ohne Sozialdemokratie keine starke Demokratie. Gewiß, aber das parlamentarische System braucht nicht darauf, daß ein Parlament da ist, sondern auf dem Vertrauen der Massen zu diesem System. Und die Politik der Mehrheit ist geeignet, das Vertrauen der Partei zu erschüttern. (Widerspruch.) Ich verweise auf die letzten Wahlen und darauf, wie schnell sich die Prophezeiungen von den Entscheidungen der Fraktion behauptet haben. Wenn Sollmann in der Panzerkreuzerfrage von ein paar Millionen sprach, so weiß er doch genau, daß es sich in dieser Frage um eine hochpolitische Frage handelt. Wir stehen auf dem Boden der Partei und der Internationale, die immer den Militarismus bekämpft hat. Wo waren die Genossen, die von Disziplin reden, als unsere vier Minister am 4. August 1928 zum erstenmal von dieser alten Linie der Partei abwichen? (Zuruf: Fraktionsbeschluss!) Als vor dem Kriege die Budgetbemilligung zur Entscheidung stand, tauchte auch die Frage des Disziplinbruchs auf, und wer weiß, ob wir nicht bei Kriegsausbruch und nachher die ganze Parteispaltung vermieden hätten, wenn etwas mehr Toleranz bei der Mehrheit vorhanden gewesen wäre. (Zuruf: Sie waren doch damals für den Ausschluß!)

Ich warne davor, die Disziplin zu überspielen. Das kann nur die Partei schädigen.

Will man das Vertrauen der Massen, so muß man mit der Tolerierungspolitik Schluss machen. Entscheiden wir uns im Geiste der Entschlossenheit eines Bebel und Wilhelm Liebknecht, aber auch eines Karl Liebknecht und einer Rosa Luxemburg. (Beifall auf den Tribünen.)

Hogner-München: Ich will nicht vom Panzerkreuzer sprechen, sondern von den Gemehrten und Maschinengeehrten der Hansekreuzer, die in Bayern auf uns gerichtet waren und morgen in ganz Deutschland auf die Arbeiter gerichtet sein können. Unsere Brüder nördlich des Rhains haben diese Gefahr jahrelang sträflich unterschätzt. Sie haben mit stauendem Lächeln gesehen, wie hinten in der oberbayerischen Türkei Nazis und Kozis aufeinanderstießen. Viele norddeutsche Genossen glauben noch jetzt, Faschismus sei gar nicht so schlimm, man müsse ihm vor allem eine starke proletarische Macht gegenübersehen.

Auf Grund meiner Erfahrungen sage ich euch, es ist sträflicher Leichtsin, und wenn es in der inneren Parteikluft geschieht, eine kapitalistische Dummheit und ein politisches Verbrechen.

(Beifall.) Agitatorisch sind wir gegenüber den Nazis durch die ungeschickte Behandlung der Reparationsfrage ins Hintertreffen geraten. Natürlich konnten wir in der Außenpolitik angesichts der Machtverteilung eine andere Linie nicht einhalten, aber wir haben uns doch allzu fatalistisch mit den Kriegslasten abgefunden und allzu einseitig die Vorzüge der einzelnen Pläne entwickelt. Gegen den Bruch der 14 Punkte Wilsons haben 1918/19 gerade die Sozialdemokraten den scharfsten Einspruch erhoben. Seitdem haben wir unsere arundfällige Stellungnahme viel zu wenig betont. Wieviele deutsche Wähler mögen wissen, daß bereits 1922 gerade die sozialistische Rumpfkonferenz die Annullierung aller Kriegsschulden gefordert hat.

Ich befreite gegen Kölling, daß man heute mit nationalen Tönen keinen Hund mehr heroorlockt. Die wertvollsten Kräfte der deutschen Jugend sind aus rein nationalen Gründen im Lager der Hitler-Partei, weil sie deren nationalen Betrag noch nicht durchschaut und noch nicht erkannt haben, daß die Veränderung des Antlitzes der Erde vor allem durch die geistigen und sittlichen Kräfte herbeiföhrt wird.

(Beifall.) Die Führerschaft der Nationalsozialisten besteht zum Teil aus Leuten, die einstmals zu uns gehört haben und jetzt den Minderwertigkeitskomplex abregieren, den sie bei uns bekommen haben. (Heiterkeit.) Der nationalsozialistischen Aktivität gegenüber haben wir zu lange die Hände in den Schoß gelegt. Die Faschisten sind keine Feinde, mit denen man ritterlich die Klinge kreuzen kann.

Künstler-Berlin: Auch die Minderheit der Reichstagsfraktion bekennt sich zu verantwortungsvoller Arbeit. Wir halten den Panzerkreuzer in dieser Notzeit nicht nur für eine Verschwendung, sondern für eine Provokation der notleidenden Erwerbslosen, die alle Opfer an Gut und Blut für die Republik nicht gespart haben. Treibt die Regierung Brüning eine gegenüber dem Volk und der Republik verantwortungsbewußte Politik? Die Frage stellen, heißt sie verneinen.

Vor der Abstimmung über die Panzerkreuzerfrage haben Goerner und Brüning für den Fall der Ablehnung ihren Rücktritt angekündigt. Sie wollten es auf eine Regierungskrise und eine Staatskrise ankommen lassen;

unsere Forderungen auf Gegenleistungen haben sie abgelehnt. Aber der Panzerkreuzer war doch ein politikum ersten Ranges, schon weil er nur ein Stück aus dem Flottenerbauprogramm ist, das bis 1938 reicht. Den breiten Massen kürzt man die Sozialleistungen und sogar die Kriegerrenten; und dann fordert man von ihnen Staatsgefinnung und Staatsdisziplin. Ich hätte lieber den Wehrminister in die Wüste geschickt, als das Vertrauen der Masse in die Republik gefährdet. Aber gleichwohl welchen Standpunkt wir einnehmen, es ist unanständig, einem Parteigenossen abzukreiten, daß er aus Sorge um den Bestand der Partei und der Arbeiterklasse handelte. Niemand hat das Recht, Beschlüsse der Mehrheit allein für sich umzustößen.

Gerade in schwerer Zeit stehen Disziplin und Einigkeit im Kampfe über allem.

(Beifalliger Zustimmung.) Wäre nicht der Disziplinbruch gekommen, hätten wir hier unsere Sache scharf vertreten und zum Siege führen

tönnen. Jetzt steht der Disziplinbruch im Vordergrund. Was macht Sendewitz im Zwischener Bezirk, wenn einzelne Ortsgruppen mutwillig Beschlüsse der Bezirksleitung sabotieren?

Ich kann nicht von den einfachen Genossen Disziplin verlangen, wenn ich als Bezirksvorsitzender und Abgeordneter nicht mit gutem Beispiel vorangehe.

(Stürmischer Beifall.) Der Disziplinbruch hat der sachlichen Kritik an der Politik der Fraktionsmehrheit den größten Schaden zugefügt. Mit Disziplinbrüchen und Sonderbesprechungen hat von jeher die Spaltung der Partei begonnen. In der deutschen Sozialdemokratie wird es in Zukunft Sonderkonferenzen und Disziplinbrüche nicht mehr geben. Als im Reichstag einmal Genossen, die rechts stehen, entgegen dem Beschluss der Fraktion einer Abstimmung ferngeblieben sind, waren Sendewitz und Rosenfeld die schärfsten Kritiker dieses disziplinwidrigen Verhaltens. Ich erhebe meine warnende Stimme dagegen, daß in Zukunft alle in Anspruch nehmen, was die Reue getan haben. Schon wird im „New Leader“ berichtet, daß die linken Flügel aller sozialdemokratischen Parteien zur Vorbereitung des Wiener Internationalen Sozialistenkongresses eine Zusammenkunft abgehalten habe. Ich hoffe, daß Rosenfeld und Sendewitz mit mir derartigen Treibereien entgegenzutreten. Ich bitte, daß die Reichstagsfraktion daran festhält, daß, wenn einem die Teilnahme an der Abstimmung nicht möglich erscheint, man schweigend hinausgehen kann. Wir müssen Fraktionsdisziplin halten, aber die Fraktionsdisziplin soll kein Loch auferlegen. (Stürmischer Beifall.)

Gruppen (Partei-Vorstand): Sendewitz hat uns prophezeit, eines Tages käme doch der Bruch mit der Regierung und dann müßten wir seinen Weg gehen. Die Reichstagsfraktion hat Sendewitz eine besondere Redezeit gegeben, damit er ihr endlich diesen seinen Weg beschreibe. Aber er hat es bis heute nicht getan. In Wahrheit läuft der Plan Sendewitz' darauf hinaus, die Macht den Faschisten auszuliefern und der Arbeiterklasse nur die illegalen Kampfmittel zu

erhalten. Demgegenüber kämpfen wir dafür, der Arbeiterklasse die legalen Kampfmittel zu bewahren, sollte man versuchen, sie ihr zu nehmen. Aber selbst dann ist es noch ein großer Unterschied, ob wir von der Gewalt des Feindes auf diesen Weg gezogen werden, oder ob wir freiwillig den Verlust der gesetzlichen Sicherung der Arbeiterrechte herbeiführen. Rosenfeld hat sich auf Bebel, Marx und Wilhelm Liebknecht berufen. Ich möchte ihm dringend empfehlen, einmal Marx als Politiker zu studieren;

gerade von dem Politiker Marx kommt die Anweisung, alle Gegenstände im bürgerlichen Lager auszunähren, den minder schlimmen Teil der Bourgeoisie gegen den schlimmsten Feind auszuspielen. Gerade Marx ist der Vater der Taktik des Ausweichens und Abwartens, und gerade Karl Marx ist feinerzeit genau so als taktischer Opportunist kritisiert worden, wie heute den Vertretern derselben Taktik geschieht.

Bei der Bankerkrisefrage ist das einzig Richtige: kann ich gegen die Fraktion stimmen im offenen Kampfe gegen den Faschismus in einer Zeit, wo es gilt, den breiten Massen ein Beispiel der Geschlossenheit der Sozialdemokratie zu geben. (Lebhafte Zustimmung.) Ich hoffe, daß der Parteitag einen Beschluß faßt, der solches für die Zukunft unmöglich macht. Hat Rosenfeld sich im Unterbewußtsein etwa vorgenommen, eine solche Handlung noch einmal zu wiederholen? Ich sage, es gibt eine Grenze der Toleranz, wenn sich die Partei nicht aufgeben will im Kampfe um die nackten Lebensinteressen des Proletariats. (Lebhafte Zustimmung.)

Unsere Taktik muß auch Verständnis zeigen für die Millionen, die noch nicht bei uns sind.

Der Kampf gegen den Faschismus darf nicht entbrennen an der Bankerkrisefrage, sondern er soll entbrennen an der sozialen Frage, um eine klare Front zwischen Kapital und Arbeit in diesem Kampfe herzustellen. (Lebhafte Beifall.)

Fleischer-Dresden: Die Zoll- und Handelspolitik der Reichsregierung findet leider viel zu wenig Beachtung in der Partei. Man scheint zu denken, es komme auf etwas mehr oder weniger Zoll gar nicht mehr an. Das ist gefährlich. Man hat gewisse Hoffnungen auf das Zollermäßigungsgeleit, dem die Sozialdemokratie nur zugestimmt hat, nachdem einige Vorbehalte ausgenommen waren. Man sprach davon, daß sie einen Verbraucherschutz bedeuten. Diese Illusion muß nach den Erfahrungen mit der Brotversteuerung aufgegeben werden.

Unsere Parole muß sein: herunter mit den Zöllen! Gerade in dieser Frage nimmt die Regierung Brüning nicht die geringste Rücksicht auf unsere Partei.

Brüning hat sogar erklärt, es sei bemerkenswert, daß trotz der großen Arbeitslosigkeit Tumulte nicht entstanden seien. Das klingt wie Hohn und ist ein Spiel mit dem Feuer. (Sehr wahr!) Welcher Widerstand besteht zwischen der preiserteuernden Zoll- und Wirtschaftspolitik und den angeblichen Preisabbaustrebungen!

Diese Zollpolitik bringt nicht einmal den Landwirten Hilfe, sondern nur einer kleinen Schicht von Großgrundbesitzern.

Diese Zollpolitik muß zu einer vollständigen Zerrüttung des deutschen Wirtschaftslebens führen. Auch hier sind wir bis an die äußerste Grenze der Tolerierung der Regierung Brüning gegangen und müssen Schluss mit dieser Tolerierung machen! (Beifall bei der Wiederholung.)

Die Debatte wird auf Mittwoch früh vertagt.

In einer persönlichen Bemerkung sagt Rosenfeld gegenüber Künstler, daß keiner von den Gegnern der Fraktionspolitik in einer Linkskonferenz in Emersforts teilgenommen habe; wir haben erst durch Künstler erfahren, daß eine solche Besprechung statt haben soll.

Schluss 17.30 Uhr. Weiterberatung Mittwochvormittag 9 Uhr.

Theater, Lichtspiele usw.

Mittwoch, 3. 6. Staats-Oper
Unter d. Linden
27.5. A.-V.
20 Uhr
Neu einstudiert
Hilbert Schmidt
Vorher:
Spiel oder Ernst
Caravallio, Tausante
Ende g. 22 1/2 Uhr

Mittwoch, 3. 6. Stadt. Oper
Bismarckstr.
Turnus I
20 Uhr
Das Spitzentuch
der Königin
Ende n. 23 Uhr

Staats-Oper
Am Platz der Republik
V.-B.
20 Uhr
Falstaff
Gefühl, Kartenverkauf
Ende g. 23 Uhr

Staatl. Schausph.
Im Gendarmenmarkt
236. A.-V.
20 Uhr
Die Portugalesische Schlacht
Ende n. 23 Uhr

Staatl. Schiller-Theater, Charitbg.
23 Uhr
Liebe auf dem Lande
33 Minuten in Grünberg
Ende 22 1/2 Uhr

Winter Garten
8.15 Uhr Flora 3434 Rauchen erlaubt
Kirchweih am Tegernsee
Rehla - Kemple - Boots
Krehan - Tucher & Co. gsw.

HAUS WATERSLAND
KURFÜRSTEN-PLATZ 74
Das
Vermögens-
Restaurant
Berlins
BETRIEB
KEMPINSKI

TRAUMLAND
SCHLOSS
SCHÖNHOIZ
Dienstag - Freitag
Dr. Feuerwerk
Mittwoch: Kinderfest
2. Juni
Letzter Tag!

LICHT BURG
Berlin - Gesundbrunnen
Die ideale Unterhaltungsstätte
für jedermann
Ein unvergleichliches Programm
5 Namen v. Welt auf im Bühnentell
Dienstag, 2. Juni bis Montag, 8. Juni
BÜHNE:
Lichtburg-Orchester. Leitung: Paul Hensel

Reichshallen-Theater
Allabendlich 8 Uhr
Stettiner
Sänger
Der neueste Schwank
„Alles verrückt!“

ROSE THEATER
Große Frankfurter
Straße 132, U-Bahn
Straußberger Platz
6 tägiger Vorverkauf
von 11-1 Uhr u. 4-9 Uhr
Telefon: Bestellung
E7, Weichsel 3422

PLAZA
TAGES-
Vor-12. Juni
GASTSPIEL
Des Berliner
Metropoltheater
VICTORIA
UND IHR
HUSAR
Elite-Sänger
Kottbuser Str. 6
Tägl. 8 1/2 U.
Die große In-
stanz-
besessene Posa
Lobt schöne
Frauen und
mich selbst
von Harry Walden

Kaiserliebchen
mit Liene Hald, Walter Jansen
Beginn der Vorstellungen:
Wochentags 8 1/2 u. 8 3/4 Uhr, Sonntags
3, 5 1/2, 8 1/2 Uhr, Preise der Plätze:
im Parkett und Rang 0,50 bis 1,50 M.,
Balkon und Logen 2.-, 2,50, Sonntag
3 Uhr Einheitspreis: Parkett u. Rang
0,50 M., Balkon und Loge 1,20 M.,
Tel.: Humboldt 1686-1687

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
8 Uhr
Lumpazi-
vagabundus

Staatl. Schiller-Th.
8 Uhr
Liebe auf dem
Lande
33 Minuten in
Grünberg

Staatsoper
Am Pl. d. Republik
8 Uhr
Falstaff

Alles Schwindel
von Marcelus Schiller.
Musik von
Mischa Spoliansky.
Regie: Sessel Schulz

**Theater im
Admiralspalast**
Täglich 8 1/2
Der lustige
Krieg

Komische Oper
Heute geschlossen.
Morgen, 8 Uhr:
Erfahrung

**Frauen haben
das gern...**
Sommerp. 8.10-7.00

Metropol-Theater
Täglich 8 1/2 Uhr
Die Toni
aus Wien

ROSE-GARTEN
Wochentags 8 1/2 Uhr
Sonntags 9 1/2 Uhr
Konzert, Varieté
Operette
Das Liebesverbot
Preise: 0,60 bis 2 M.

Unsern lieben Genossen und
Jugendliche
Max Zern
zu seinem 60. Geburtstage und
35 jährigen Parteijubiläum
der herzlichsten Glückwünsche
Die 52. Abteilung.

Unserem altbewährten
Genossen
Ernst Schiepe
zum 60. Geburtstage die
herzlichsten Glückwünsche.
Zahlhaus Kesselstrasse
7. Abteilung

Heute früh entschließ' unerwartet meine
geliebte Frau, unsere heranwuchse
Mutter und Schwiegermutter, Frau
Auguste Glering, geb. Glese
In tiefem Schmerz
Ernst Glering nebst Töchter
und Schwiegermutter
Berlin N 56, Dunderstr. 74
Die Einäscherung findet Freitag,
den 5. Juni, vormittags 10 Uhr, im
Krematorium Gerickestraße statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin
Todesanzeigen
Den Mitglieðern zur Kenntnis daß
unser Kollege, der Schlichter
Artur Mulack
am 31. Mai gestorben ist.
Die Einäscherung findet Donnerstag
den 4. Juni, 14 Uhr, im Krematorium
Gerickestraße statt.

Am 31. Mai starb unser Kollege,
der Arbeiter
Rudolf Falkenberg
geboren 27. April 1883.
Die Einäscherung findet Donnerstag
den 4. Juni, 18 Uhr, im Krematorium
Gerickestraße statt.
Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung wird erwartet.
Die Ortsverwaltung

Für die überaus zahlreichen Be-
weine herzlichsten Teilnahme beim
Hinscheiden meines lieben Mannes,
unseres guten Vaters, Großvaters
und Schwiegervaters, des Arbeits-
amtsangehörigen
Emil Wißler
sagen wir hierdurch unseren herzlichsten
Dank.
Insbesondere danken wir der
Direktion der Betriebsfraktion der
SPD, und dem Personal des
Arbeitsamts Ost, ferner der 108. Ab-
teilung der SPD, sowie dem Turn-
und Sportverein „Giga“ 1896 e. V.
W. Anna Wißler
erbt Kindern.
Ein-Beitrag, den 1. Juni 1931.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Sonnabend, den 6. Juni,
nachm. 1 Uhr, im Lokal von Förster,
Förster Straße 10
**Versammlung der
Metallrührer und Pöllerer**
Tagesordnung:
Kasprache über die heutige Arbeits-
vermittlung.
Ohne Mitgliedschaft kein Zutritt.
Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, an
dieser Versammlung teilzunehmen.

Funktionäre!
Die Vertrauensmänner-Konferenz
des 2., 6., 8., 9., 12. und 14. Bezirkes
1931 im Monat Juni aus.
Die Ortsverwaltung.

**Mein Kapitän-
Kautabak**
schmeckt mir doch am besten!

**UNSER laufende
ROMAN**
ILF-PETROW, „DIE 12 STÜHLE“
erschienen soeben
IN BUCHFORM
In Leinengeschenkbund M 6,-
brosch. „ 3,50
erhältlich
BEI Buchhandlung **DIETZ** BERLIN SW 68
I. H. W. LINDENSTR. 2

Besonders wirksam sind die **billig!**
KLEINEN ANZEIGEN
in der Gesamtauflage
des „Vorwärts“ und

KLEINE ANZEIGEN
Preise: Überschriftwort 25 Pfennig, Textwort 12 Pfennig
Wiederholungswort: 10 mal 5 Proz., 20 mal oder 1000 Worte Abschluss
10 Proz., 2000 Worte 15 Proz., 4000 Worte 20 Proz., Stellengesuche:
Überschriftwort 15 Pf., Textwort 10 Pf. - Anzeigen, welche für die nächste
Nummer bestimmt sind, müssen bis 4 1/2 Uhr nachm. im Verlag, Lindenstr. 2,
oder auch in sämtl. Vorwärts-Filialen und -Ausgabestellen abgegeben sein

Verkäufe
Teppichhaus
Emil Seifert.
Berlin, seit 40 Jahren
mit Oranien-
straße 138. Rah-
mungsrichterin
ohne Aufschlag. Spe-
zialfabrikation für
Teppiche.
Kochherd
eisenst., Gas, Rohle
über 100. Bede-
eintrichtung. Trill-
schlamm. Weich-
schiffel. Ofen über
100. Die alte Spe-
zialfirma Semmler
u. Biendler 2. 500.
Tresdenstr. 96/100

Wiederläger.
Rechtelplano,
Bilfingerplano,
Bachplano,
Schwedtenplano,
Dietelplano, Dun-
delplano, Sol-
plano, an. Marten/Reh-
480 - an. gebrauch-
te. Korbstr. Pots-
damerstraße 74.

Radio
Kunzler 4,-
Bundstr. 4,50
Spardörfer 2,-
Görlitzerstr. 2.

Wäschmaschinen
Witane
Nähmaschinen für
Hand- und mit
Benzin. Preis-
abgabe. Rundschiff-
den 160,-, Ver-
färbare 180,- und
230,-. Schätz-
höchligant, 260,-.
Bei Teilzahlung
sämtliche Zahlungs-
bedingungen. Auch ge-
brauchte Maschinen
ausserordentlich
preiswert. Frieden-
straße 14; Köpcke-
straße 39; Lande-
bergstraße 26;
Oranienburger-
straße 50; War-
denstraße 21;
Rohstraße 16. Wei-
tere Verkaufsstellen
in allen Stadtteilen.

Wiederverkäufe
2.-, Schläuche 0,60,
Fehelan 1,30, Ver-
dorrer 3,50, Re-
paraturen billig.
Schönebergstr. 2.

Kaufgesuche
Abwechslung
Gefühlvolle
Duellisten. Rinn-
schiffel. Schiffs-
modell. Christbaum-
schmück. Schmück-
gegenstände. 20
Baiterstr. 10. Abwech-
slung.

Unterricht
Technische
Zeichenschule,
Diplom - Ingenieur
Stellmacher. Reich-
straße 113/112.
Rafschneiderei, Clef-
trotzstr. 11. Ausbil-
dung in sämtlichen Re-
paraturen. Autotech-
schule.

**Ver-
schiedenenes**
Büchlein.
Antiquar. Schreib-
maschinen. 30 Jahre-
altes Kautabak,
wie ich mit Gold
schiffel. Berlin.
Kautabak. Wilms-
str. 11. Postfach 113.

Goldverkauf
Mittlere Reichs-
bank.
Auf 100 Reichsmark
Dollars, eventuell
gegen Abzug einer
Reisekosten-
Offerten unter 8.
79 an die Haupt-
expedition des „Vor-
wärts“.

Wohnungsaussch
Kauf
3-Zimmer-Wohnung
mit 1. Stock. Ein-
zimmer. Friedrich-
straße 1.
Reichsstraße 1.

Endlich sind sie da
die neuen Batteriegeräte
ohne Schnüre und Stecker
Unabhängig vom Lichtnetz, keinerlei Störungen, überall verwend-
bar. Leistung, Klangreinheit u. Einfachheit der Bedienung verbö-
hert. Lautsprecher, Batterien und alle Einzelteile sind auf höch-
sten Nutzeffekt abgestimmt, bei geringstem Stromverbrauch.
Typ L & E: Vieröhren-Büro. Empfang vieler Europassender.
Eingerichtet für Schallplattenübertragung, mit eingebautem
Lautsprecher und Batterien RM 124,50 komplett.
Typ L & C: Vieröhren-Hochfrequenz-Schirmgitter-Apparat.
zuverlässiger Fernempfang aller Europassender. Ein-
gerichtet für Schallplattenübertragung, mit eingebautem
Lautsprecher und Batterien RM 237,50 komplett.
Auch als Reisegerät verwendbar. Ausführlichen
Prospekt sowie Bezugsquellennachweis durch
ROLAND BRANDT
BERLIN SO 36
Schlesische Str. 12
Ausgestattet mit den bewährten
VARTA- u. PERTRIX-Batterien